

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

27. Woche für die Zeit vom 30. Juni bis 6. Juli 1905.

Posen, den 11. Juli 1905.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 7 des Sokol (Posen)

Zulnummer 1095:

Das polnische Sokoltum und die Wahlen.

Wir stehen alle noch unter dem Eindruck der Ungültigkeitserklärung zweier polnischer Abgeordnetenmandate durch den deutschen Reichstag. Die Kameraden Johann Brejski, Abgeordneter des Wahlkreises Culm-Thorn und Wojciech Korfanty, Abgeordneter des Wahlkreises Rattowisz-Zabrze sind der kreuzritterlichen Wut des Zentrums zum Opfer gefallen, das, man kann sagen zum ersten Male seit seinem Bestehen, bewußt dazu beigetragen hat, uns Abgeordnetenmandate zu entreißen. Diese bezeichnende Tatsache, welche von der gesamten polnischen Presse zu wenig gewürdigt worden ist, ist für uns ein sehr bedeutungsvoller Fingerzeig dafür, was wir in Zukunft von seiten des Zentrums zu gewärtigen haben.

Wir wissen zwar, daß vor zwei Jahren schon das Zentrum in ehemals polnischen Landen — in Westpreußen nämlich — in 13 Wahlkreisen Zentrums-kandidaten, wenn auch erfolglos, aufgestellt hat, wir wissen, daß das Zentrum sogar einem so ehrenwerten Abgeordneten, wie dem Kameraden Leo v. Czarlinski, einstigen Bundesgenossen und getreuen parlamentarischen Kampfgenossen in Kulturkampfszeiten einen Gegenkandidaten gegenüber gestellt hat, — eine solche Verbittheit jedoch, wie sie das Zentrum bei der Ungültigkeitserklärung der beiden erwähnten Mandate hat zu Tage treten lassen, haben unter uns sogar die unveröhnlichen Feinde des katholischen Kreuzrittertums nicht vermutet. Es ist geschehen!

Und es ist besser für uns, daß es so gekommen ist, denn jetzt wissen wir, was für ein Wolf auf dem Boden der Piasten in der Zentrums-haut gesteckt hat. Man hat uns Mandate in Ermland, in Lissa, in Schlessien genommen; die Herren Kreuzritter haben sich auf zehn und einigen Abgeordneten-sesseln breit gemacht, die nach uraltem Recht uns gehören, und die wir erobern werden im Verlauf von zehn und einigen Jahren, wenn wir eifrig und unausgesetzt unsere Brüder bewußt machen und nationalisieren werden, die in ihrer unglückseligen Dummheit sich vor den Wagen einer Partei gespannt haben, die unser spottet. Das heutige Zentrum ist nicht die Fraktion der Windthorst, Schorlemer-Mst, Malinkrodt, — die heutigen Herren Spahn, Ballestrem sind Bundesgenossen der Regierung, Kandidaten für künftige Ministerposten, die einen vier

Millionen starken Bruchteil von Katholiken polnischer Nationalität ihren eigenen Interessen opfern.

Es ist mithin Zeit, aufzuwachen. Es ist Zeit, alle Kräfte anzustrengen, um den Zentrumsleuten zu zeigen, daß wir ohne ihren Beistand und sogar gegen sie auftretend unsere Abgeordneten auf ihren Sesseln erhalten, daß wir nicht zugeben, daß die einmal eroberten Positionen und Schanzen uns durch feindliche Elemente entrißen werden.

Der Abgeordnete Brejski, ein Kamerad des Thorer Sokolvereins, hat zwar nie aufrichtige Sympathie für das polnische Sokoltum gehegt. Er war langjähriger Antagonist der allgemein sokolistischen Bestrebungen; er befand sich sehr oft in Opposition gegenüber der Mehrheit der Beschlüsse der Delegierten-versammlungen; er unterwarf sich deren Beschlüssen nur ungern, und er hat die oberste Leitung in den von ihm abhängigen Blättern in nicht sokolistischer Weise angegriffen und geschmäht. Wir hören auch, daß Kamerad Brejski nicht zu kandidieren gedenkt, und daß der Bürger Nowicki die meisten Chancen hat. Welche Entscheidung die Wahlbehörden auch treffen werden, ob Kamerad Brejski oder Herr Nowicki Kandidat werden wird, Pflicht eines jeden Sokols ist es, alle Kräfte für die Agitation daran zu setzen, um einen Polen durchzubringen. Wir zweifeln auch nicht daran, daß die Kameraden aus Thorn, Schwetz, Culm, Culmsee, Leng, Kowalewo und Briesen wie ein Mann in die Reihen der freiwilligen Agitation treten werden, und es ist leicht möglich, daß die Begeisterung und Hingabe mehrtägiger Agitationsarbeit des Sokoltums des IV. Bundes die Schale des Sieges auf unsere Seite neigen wird.

Noch mehr Bedeutung für ganz Polen, besonders für die Weiterentwicklung der nationalen Bewegung in Schlessien hat die Wahl des Abgeordneten und Kameraden Wojciech Korfanty aus Rattowisz.

Darum melden sich heut schon wackere Kameraden aus Posen, Schroda und Schrimm beim Verbandsvorstand (der Sokolvereine) mit der Bitte und mit der Erklärung, daß sie sich für einige Tage vor den Wahlen nach Schlessien begeben und dort bei der Wahlarbeit helfen wollen.

Allheil einem so wohl begriffenen Patriotismus, Allheil einer solchen Sokolsolidarität! **Den Wünschen dieser Kameraden wird Genüge geschehen umsomehr, als auch Nichtsokols in ansehnlicher Zahl in den bedrohten Wahlkreisen fahren werden, um dort auf den am meisten bedrohten Posten zu kämpfen.**



An Euch, Ihr Kameraden des VI. schlesischen Gaus, an Euch Brüder aus Kattowitz, Myslowitz, Rozdzien, Laurahütte, Schoppinitz, Zabrze und Lipine, die Ihr um Euren Wahlkreis kämpfen werdet, aber auch an Euch Kameraden aus Beuthen, Gleiwitz, Kosel und Königshütte wenden wir uns heut mit dem heißen Appell: Opfert jeder etwa zwei Tage, oder sei es auch nur einen Tag für die polnische und zugleich für die Sokolsache. Stellt Euch Euren Gauvorsitzenden zur Verfügung, der zugleich in Eurer höchsten Wahlbehörde sitzt und der Euch die bedrohten Posten weisen wird. Es sind Eurer 500, und wenn jeder nur 10 Landsteuereuleute zur Wahlurne führt, belehrt, anregt und überzeugt, dann werden die Feinde aus dem Zentrum, dem Mischmasch und dem Sozialismus aufs Haupt geschlagen werden und es wird ihnen die Lust vergehen, in Zukunft auf dem Boden der Wästen zu kandidieren!

In jedem Dorfe, vor jedem Wahllokale, bei jedem „Farror“ (gemeint sind die katholischen Geistlichen Red. d. Ges. Ab.) mögen die Sokols auf der Wacht unserer heiligen Sache stehen. Hier handelt es sich weniger um den Kandidaten. Ein jeder hat seine Fehler, denn wir sind alle Menschen, als vielmehr um die nationale Sache. Die höchste Wahlbehörde hat gesprochen, jetzt haben wir zu gehorchen und zu arbeiten. Unsere Waffe sind die Wahlzettel für „unsern Wojtek“ (gemeint ist Wojciech Korfanty Red. d. Ges. Ab.) und die Aufrufe „unsere Bundesgenossen des Gornoslonsz, Slos Slonski, Polak und die Gwiazda, und wenn Ihr, sei es auch nur ein paar Tage, die Beredsamkeit, die Füße, die Zeit und ein wenig Geld nicht spart, dann muß der Sieg Euer sein.

Wir haben uns bisher mit Politik nicht befaßt, denn wir wollten der Staatsbehörde nicht den geringsten Vorwand bieten, gegen uns einzuschreiten. Wir haben 20 Jahre lang gelitten, arg hohe, beschwerliche Geldstrafen bezahlt, die manchmal einige Hundert Mark für den Verein betragen; wir wären lange auseinander gelaufen, wenn unser Verband nicht seit 10 Jahren geeint, gestärkt, unterstützt hätte. Heute können wir uns stolz sagen, daß unser 6000 in 130 Vereinen sind, und je mehr man uns Hindernisse bereiten, je öfter man uns Turntage, Gymnastik verbieten, Vergnügungen, Versammlungen und Abendunterhaltungen verwehren wird, desto tiefer werden wir ins Volk hinabtauchen und dort das Samen Korn unserer Sokoliden säen, das mit der Zeit üppige Früchte bringen sollte. Heute haben wir völlig mit der Schwäche gebrochen. Wir sind politische Vereine, wir sind Agitatoren der nationalen Sache, wir werden öffentlich, dreist und offen kämpfen auf der öffentlichen Scholle, und gebe Gott, daß man von uns sagen wird: Das ist ein eifriger Bürger, ein wackerer Agitator, ein Pole durch und durch, — ohne Zweifel ein Sokol!

Vorwärts also, Kameraden, ans Werk! Sameln wir die geistigen Kräfte!*) Und halten wir die materiellen Kräfte gemeinsam bereit, denn nicht mehr fern ist die Zeit, in welcher uns der Herr Reichskanzler zum Kampfe berufen wird. Dann werden die „Kaninchen“ zeigen, was sie können, und wir werden, so Gott will, rufen: „Unser Kamerad Wojciech Korfanty möge uns weiter verteidigen! Er möge bis zu Ende kämpfen! Hoch lebe unser Abgeordneter!“

*) Der Vorsitzende jedes Vereins hat ein Verzeichnis der Freiwilligen aufzusetzen, die während der Wahlen im Wahlkreise Kattowitz-Zabrze oder Thorn agitieren wollen. Meldungen nimmt der Gauvorsitzende oder auch der Verbandsvorstand entgegen.

Aus Nr. 146 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 29. Juni 1905:

Der Hauptvorstand des Strazvereins

hat nach Annahme des allgemeinen Reglements unter Hinzuwählen entsprechender Bürger aus seiner Mitte vier Kommissionen gewählt:

1. eine Organisations- und Verwaltungskommission,
2. eine wirtschaftliche,
3. eine kulturelle,
4. eine rechtlich-politische

und es ist der Organisationsplan einstweilen für das Großherzogtum Posen beendet worden. Die Organisationsarbeit dauert weiter fort. Die an das Bureau des „Strazvereins (Dr. Thaddäus v. Jaworski, Posen, Ritterstraße 38, Telefon 1759) eingesandten zahlreichen Angelegenheiten sind den zuständigen Kommissionen zur Prüfung und Entscheidung vorgelegt worden und sie werden auch fernerhin an sie eingereicht werden.

Das Bureau des Straz-Vereins.

Aus Nr. 139 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 20. Juni 1905:

Ein panslawistischer Kongress.

Das Streben Rußlands nach Reformen macht diese Zeit für das gesamte Slaventum zu einer unermäßig wichtigen. Es naht auch eine große panslawistische Feier, denn über drei Jahre her, der 60. Jahrestag des ersten panslawistischen Kongresses in Prag statt, welcher durch einen Aufruf vom 1. Mai 1848 angekündigt und mit großem Erfolge am 2. Juni desselben Jahres durchgeführt worden war.

Es war dies der Gedanke des hervorragenden Gelehrten Szafarzky und des Bank Selaczyn. Er wurde in Kurzem in die Tat umgesetzt durch die Bildung eines aus Tschechen und Polen bestehenden Komitees. Dessen Mitglieder erließen am 1. Mai einen Aufruf an die russischen Slaven und forderten zu einer Zusammenkunft in Prag auf zwecks Beratung über slawische Angelegenheiten. Diese Aufforderung hatten unterschrieben: Graf Thun, Szafarzky, Palacki, Hanke, Rieger, Sztun, Lubomirski, Dobrzanski.

Die Einberufung des Kongresses hatte ein unverhofftes Resultat. Ende Mai kamen nach Prag über 340 Vertreter der slawischen Welt und zwar 238 Tschechen, Mähren und Slowaken, 42 Südslaven, 61 Polen und Ruthenen.

Zu Vorsitzenden des Kongresses wurden gewählt Szafarzky, Protopresbyter, Stamatowicz und Palacki.

Der Kongress wurde am 2. Juli feierlich eröffnet und beschloß an die europäischen Völker ein Manifest zu richten, welches die Zwecke und Bestrebungen erläuterte.

Ich werde hier nicht die Namen der hervorragenden Leute nennen, welche an der Verständigung der Slaven arbeiteten; ich kann jedoch einen Mann von großen Verdiensten nicht übergehen, der den mächtigen Gedanken zuerst gefaßt hat, die Bosniaken, Bulgaren, Tschechen, Polen, Ruthenen, Russen, Serben, Slowaken usw. zu vereinen.

Der warme Propagator dieser Idee war Johann Kolar. Für diesen Gedanken agitierten später warm Miatow und Kattow, besonders auf dem Kongresse während der Moskauer Ausstellung im Jahre 1867, indem sie einen unabhängigen Staat forderten, der alle slawischen Stämme umfasse.

Seitdem hat die Arbeit nach dieser Richtung hin nicht aufgehört, und die Idee selbst hat einen immer breiteren Kreis hervorragender Leute gewonnen. Die

slawischen Verhältnisse unterlagen oft wesentlichen Änderungen. Das Los des Slaventums hat sich sehr gebessert. Die Czechen, die galizischen Polen haben ihre Lebensfähigkeit auf dem Gebiete der nationalen Politik dargelegt.

Pypin und Spasowicz haben gemeinsam eine Geschichte der slawischen Literatur bearbeitet. Pypin widmete sogar im Jahre 1880 eine besondere Arbeit der polnischen Frage in der russischen Journalistik.

Die slawische Sache hat mithin einen weit klareren Charakter angenommen, als dies vor fast 60 Jahren der Fall war, und darum erachte ich es als nötig, den Gedanken der Veranstaltung eines neuen slawischen Kongresses in kürzester Zeit aufzuwerfen zwecks Besprechung sehr vieler Sachen, welche die 150 Millionen Köpfe starke slawische Welt angehen.

Ich schlage vor, diesen Kongreß nach Krakau einzuberufen, welches etwa das Zentrum des jetzigen Slaventums ist und dabei starke Anziehungspunkte besitzt. (Wieliczka, Zakopane.) Sollte jedoch die Versammlung aus irgend welchen Gründen auf österreichischem Boden nicht stattfinden können, dann werden ihm die Serben gastliche Aufnahme nicht verweigern und ihm Belgrads Tore breit öffnen. Für den Kongreß ist dieser Ort weniger günstig deshalb, weil er für einen riesigen Zustrom von Gästen nicht eingerichtet ist. Ich würde vorschlagen, den Kongreß in einer der Städte des Königreichs Polen zu veranstalten; da aber wegen der Verhängung des Belagerungszustandes Versammlungen verboten sind, nehme ich zu anderen Zentren der Zivilisation Zuflucht. Ich hoffe, daß dieser Gedanke in der slawischen Welt nicht klanglos verhallen wird und daß wir in kurzem ein Komitee zu sehen bekommen werden, das sich mit der Verwirklichung dieses Gedankens befassen wird.

Viktor Czajewski,

Redakteur der Zeitschrift Rozwoj in Lodz.

Aus Nr. 150 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 5. Juli 1905:

Aus dem Herrenhause.

Berlin, 28. Juni 1905.

Die letzte Sitzung des Herrenhauses war sehr belebt infolge der Beratung der Vergnovelle. Dieser Umstand zog viele Abgeordnete nach Berlin, auch solche, welche sich im Hause selten zeigen. Auch die Tribünen waren von Publikum angefüllt. Einzelne Persönlichkeiten erregten die Neugierde mehr, als das Vergesetz selbst und die für und gegen dasselbe gehaltenen Reden. Die Redner hörte niemand an, da jeder etwas Wichtigeres zu erledigen hatte, die Bekannte zu begrüßen, neue Bekanntschaften zu machen, im Korridor hin- und herzugehen; die Huissiers anzurufen, sodaß die Glocke des Vorsitzenden unausgesetzt tätig war.

Nach der Rede des Fürsten zu Trachenberg, welcher obgleich er im Prinzip Gegner des vorgelegten Gesetzes ist, heute deswegen, weil die Regierung sich so weit engagiert hat, es unterstützt und für das Gesetz gestimmt hat, war die Sache fast erledigt, und dennoch dauerte die Sitzung von 11 bis 6 Uhr.

Wie ich erwähnt habe, waren auch solche Persönlichkeiten zugegen, wie zwei Feldmarschälle, Fürstbischof Kopp von Breslau, ein kleines, unscheinbares Hühnchen mit einer Perücke, heute in Berlin nächst dem Kanzler die erste politische Größe, weiter daneben sitzend eine zweite, aber eine Finanzgröße, Wendeljohn-Bartholdy, der, mit seinem riesigen Vermögen geschickt operierend, mit Witte aus Petersburg den

Kurs der russischen Papiere aufrecht erhält. Wäre nicht ihr geschicktes Operieren, so wäre der Rubel heut nicht 2,15, sondern niedriger notiert, als während des türkischen Krieges.

Am meisten lenkten die Aufmerksamkeit auf sich die beiden kaiserlichen Fürsten: Hendel v. Donnersmarck und Bülow. Fürst Hendel, der Mann der berühmten Palwa, stammt aus Ungarn. Im Jahre 1520 ließ irgend einer seiner Vorfahren dem Kaiser Mathias Geld und erhielt dafür Beuthen und Tarnowitz als Lehen. Der Kaiser konnte die Schuld nicht bezahlen, mithin ging das alles in den Besitz des Vorfahren des heutigen Fürsten über, der, obgleich er eine sehr stürmische Jugend hinter sich hatte, und in Paris mit der Palwa alias Nachmann Millionen fortkarft, so gut finanziell operierte, daß man sein Vermögen heute auf über 100 Millionen schätzt.

Der zweite neue Fürst ist der glückliche Kanzler Bülow. In demselben Augenblick, in welchem sein Antagonist in Paris, Delcassé, von der Arena abtritt, fällt ihm unverhofft eine Erbschaft von 5 1/2 Millionen zu und der Kaiser verleiht ihm den Fürstentitel, den sich, nebenher gesagt, Bülow nicht gewünscht hat.

Es war schon ziemlich spät, als der Fürst in den Saal trat. Naturgemäß wandte er die Aufmerksamkeit aller auf sich, und er mußte jede seiner Bewegungen danach einzurichten. Eine sympathische, geistreiche und elegante Persönlichkeit, begrüßte der Fürst alle artig. Bald notierte er etwas, bald lognettierte er die Logen, genug, er war in ständiger Bewegung. Seine Gestalt stach von dem Handelsminister Wöller ab, der unbeweglich wie eine Mumie dasaß. Der Fürst ergriff ein einzigesmal das Wort und er sagte in mecklenburgischem Dialekt (er stammt von dorthier) eigentlich nichts, dafür machte er aber zu jedem Worte eine geschickte Handbewegung. Was wäre dieser Fürst für ein hervorragender Schauspieler!

Zum Glück soll ihm das fehlen, was er uns vorwirft, — nämlich, daß wir uns wie die Kaninchen mehren. In seinen Reden, besonders bei Polendeckungen, vergaloppiert sich der Fürst zeitweilig, wie z. B. als er behauptete, Preußen habe die polnischen Lande auf den Schlachtfeldern von Dönnowitz und Waterloo erobert. Wenn er dessen gedächte, daß bei Waterloo die alte Garde das Korps Bülow auseinander gesprengt hat, so würde er an so etwas nicht erinnern.

Nach einer ermüdenden Sitzung geschah dem Wunsche des glücklichen Fürsten Genüge und das Gesetz wurde mit bedeutender Mehrheit angenommen.

Beneidenswert ist eine solche Einmütigkeit in diesen preußischen Vertretern der Nation; entgegen der eigenen Überzeugung, entgegen dem Gerechtigkeitsgefühl (wie dies bei der Ansiedelungsnovelle der Fall war) stimmt jeder von ihnen so, wie die königliche Staatsregierung sich dies wünscht, denn die Regierung muß stark sein. Treten doch auch für uns bessere Zeiten ein! Wir haben keine Regierung, aber es ist der neue „Wachverein“ da. Ihn müssen wir mit allen Kräften unterstützen, vor allem aber sollten wir wie unser Staatsmann Fürst Czartowski geraten hat, den übermächtigen Feind nicht unnötig reizen, da wir, wie ich aus glaubwürdigem Munde vernommen habe, dem Worte „preussische Pest“ das Ansiedelungsgesetz zu verdanken haben.

T. M.

Aus Nr. 145 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 29. Juni 1905:

Der Kampf mit dem Hafatismus.

Die politische Richtung, welche von den Polen „Hafatismus“ genannt wird, ist sehr klar. Jeder Pole kennt und sollte den Hafatismus genau kennen. Es wird daher auch angebracht sein, manche seiner Merkmale in Erinnerung zu bringen.

Von der politischen Richtung dieser und jener Partei sprechen wir dann, wenn wir ihr Ziel und ihre Wege im Sinne haben, die zu diesem Ziele führen.

Der „Hafatismus“ bezweckt die Erhaltung der sogenannten Ostmarken für das Deutschtum.

Darin aber sind zwei zielbewußte politische Fälschungen enthalten.

Der „Hafatismus“ soll dem Deutschtum die „Ostmarken“ „erhalten“.

Es ist bekannt, daß die „Hafatisten“ das Großherzogtum Posen, die Provinzen Ost- und Westpreußen und Schlesien als deutsche Ostmarken bezeichnen. Indessen können nach der historischen Wahrheit weder das Großherzogtum Posen, noch Schlesien, noch Preußen als deutsche Ostmarken gelten. Diese Landesteile waren in der geschichtlichen Vergangenheit niemals ständig von Deutschen bewohnt, so daß sie unter keinen Umständen als deutsch gelten können. Genau genommen können als „deutsche Ostmarken“ nur Thüringen gelten, selbst Brandenburg ist es nicht, denn auch dieser Landesteil war von Slaven bewohnt.

Wenn daher Großpolen, Preußen und Schlesien niemals deutsch waren, so kann auch keine Rede von ihrer Erhaltung für das Deutschtum sein, sondern vielmehr von ihrer Eroberung, von ihrer Germanisierung, denn „erhalten“ kann man doch nur das, was einem bereits als Eigentum gehört. Nach nationaler Auffassung waren unsere Länder nicht deutsch, sie sind es auch jetzt noch nicht.

So ist denn die Angabe des Zieles des Hafatismus, welches sich in dem Bestreben offenbart, die „Ostmarken für das Deutschtum zu erhalten“, eine zweifache politische Fälschung.

Daraus geht hervor, daß, wenn die Sache genau genommen wird, der Hafatismus als politische Richtung überhaupt nicht existieren dürfte.

Die Politik aber kehrt sich zu Zeiten weder um die Geschichte noch um die Logik, die Politik wird zu Zeiten nach eigenem Gurdünken betrieben, und dann zeitigt sie auf ihrem Acker so falsche Blümlein, wie es der Hafatismus ist.

Weshalb wird nun aber das Ziel des Hafatismus so angegeben?

Auch das hat seine Geschichte.

Schon hundert Jahre gehören das Großherzogtum Posen und Westpreußen zu Preußen, Ostpreußen und Schlesien bereits länger. Preußen hat sich in den drei Kriegen gegen Dänemark, Österreich und Frankreich unter den deutschen Staaten den ersten Platz errungen. Von Preußen ist schließlich die erhabene Lösung ausgegangen, die Stammesunterschiede unter den Bayern, Württembergern, Sachsen, Preußen usw. auszugleichen. Alle diese Stämme sprechen ein und dieselbe Sprache — die deutsche. Daher sagen die Preußen: wir werden nur Deutsche sein, keine Württemberger, Bayern usw. Diese Lösung vereinigte die Deutschen zu einem großen gemeinsamen Reiche — es ist dies das Deutsche Reich mit einem Kaiser an der Spitze. Den Kaiserthron nehmen die preussischen Könige ein.

Als diese Einigkeit unter den Deutschen zusammengeklüftet wurde, zeigte es sich gar bald, daß in dem deutschen Reiche überaus große Risse und Unterschiede vorhanden sind und daß es vieler Jahre bedürfen wird,

um diese Risse zu beseitigen und dem Reiche ein festes Fundament zu geben.

Alle Proben, die Unterschiede auszugleichen, gelangen nicht, und diese Proben entsprossen dem Schoße der Preußen, denen es als den Schöpfern des Deutschen Reiches um die Erhaltung desselben zu tun war, während es den Hohenzollern darum zu tun ist, sich auf dem Kaiserthron zu erhalten. Trotzdem vergaßen die Preußen nicht, daß sie immer um die Stärkung ihrer eigenen Macht besorgt sein müßten. Dieser Macht aber standen die Polen im Wege, welche sich für die Größe der Idee des Deutschen Reiches nicht erwärmen wollten und konnten.

Hierbei muß bemerkt werden, daß das deutsche Volk von Natur aus gierig auf Besitz, auf Eroberungen, ist. Inmitten der deutsch-nationalen Losungen erschien — zur Rettung des schlecht zusammengeklüfteten Deutschen Reiches — die Losung von der Germanisierung der Polen. Man ging schließlich von der für jeden Staat wichtigen Voraussetzung aus, daß die Macht eines Staates um so größer sei, je mehr Einigkeit in nationaler Hinsicht herrsche.

Die deutsch-nationale Eroberungssucht wird als etwas ideales hingestellt, das ist aber ein Ideal der Gewalt, nicht das Ideal des Schönen, der Gerechtigkeit.

Man glaubte nicht, auf unserer Seite so viel Widerseßlichkeit zu finden. Man glaubte vielleicht, unsere Nationalität, unser Polentum werde sich mit einem Schlage vernichten lassen. Das ist ein Irrtum! Hier hat sich das bewahrheitet, was einer unserer bedeutendsten Politiker gesagt hat. „Unsere Feinde haben uns zwar aufgegefressen, aber lassen wir uns von ihnen nicht verdauen“ — d. h. lassen wir uns unsere Schätze: die polnische Sprache und Kultur nicht entreißen.

Noch eins. Wir haben nachgewiesen, daß der Hafatismus sein nationales Ziel in geschichtlicher und logischer Hinsicht falsch darrt.

Das geht schließlich auch aus anderen Tatsachen hervor, namentlich daraus, daß der Hafatismus blindlings in den Dienst der preussischen Regierung getreten ist. Der Hafatismus ist eine Schöpfung der preussischen Politik, er ist somit keine politische Idee, keine politische Richtung, kein nationales Ideal — sondern vielmehr eine Kampfeslösung, welche durch den preussischen Staat zur Vernichtung des Polentums ausgegeben worden ist.

Solche künstlichen Losungen können nur künstlich erhalten werden. Sie existieren nur so lange, als es demjenigen gefällt, der sie geschaffen hat und der sie erhält. Sobald sie ihre Aufgabe erfüllt haben, werden sie in den Papierkorb geworfen, von wo aus sie auf den Kehricht wandern. So wird es auch dem Hafatismus ergehen, wenn ihn die Regierung nicht mehr brauchen wird.

Das kann auf zweifache Weise geschehen. Zunächst, wenn der Hafatismus sein Ziel erreicht haben würde, d. h. wenn er imstande wäre, das Polentum zu vernichten und dann, wenn er sich in diesem Kampfe, von dem sich die Regierung überzeugen mußte, daß er entweder zu keinem Ziele führt, oder daß andere Bedingungen die Regierung zwingen sollten, von diesem Wege zurückzutreten, als völlig überflüssig erweisen sollte.

Dann wird die preussische Regierung mit dem Hafatismus abrechnen und ihn — wie bereits gesagt — auf den Kehrichthaufen werfen.

In jedem Falle hängt die Existenz des Hafatismus bis zu einem gewissen Grade davon ab, in welcher Weise wir uns vor der deutschen Überflutung schützen. Wir unsererseits glauben, daß die Regierung mit dem Hafatismus gegen uns nichts zu schaffen vermag.

Wenn aber die Regierung diesen Kampf weiter führt, so sieht sie, daß unsere Verteidigung noch nicht ausreicht, sie sieht noch viele Fehler bei uns und meint, daß diese Fehler ihre Verbündeten sein werden. Und so wäre es auch, wenn die Polen nicht vorwärts schreiten, wenn sie nicht ihre Gebrechen ablegen und die Fehler nicht vermeiden werden — mit einem Worte: wenn sie in der Verteidigung ihrer Nationalität nicht ausdauernder werden würden.

Wir dürfen aber auf diesem Wege nicht stehen bleiben, wir dürfen nicht ausruhen, denn dieser Augenblick kann unseren Sieg, oder den des Sakatismus herbeiführen. Nun — wir wollen doch ohne Zweifel siegen, was Gott der Herr geben wolle.

Aus Nr. 146 der Gazeta Polska (Kosten)
vom 1. Juli 1905:

Die Angelegenheit der polnischen Berufsvereinigungen

wird von der Tagesordnung nicht abgesetzt. Die Diskussion über dieses Thema wurde hervorgerufen durch den Artikel: Wozu zwei polnische Arbeiterorganisationen im Lande? Im Laufe der Diskussion wurde gegen „Berufsverband“ der schwere Vorwurf erhoben, daß er nicht genügend bemüht sei, seiner Organisation mehr Eingang zu verschaffen, und das sogar da, wo man danach trachte. Diejenigen, welche diesen Vorwurf erhoben haben, stellten die Behauptung auf, daß die seit zwei Jahren in Westfalen bestehende „Berufsvereinigung“ besser sei als der „Berufsverband“. Ein solcher Vergleich ist ein klarer Beweis für das Wettstreiten der „Berufsvereinigung“ mit dem „Berufsverbande“ angesichts der unwiderleglichen Tatsache, daß davon, welche Organisation die bessere sei, in den Versammlungen der „Berufsvereinigung“ gesprochen worden ist und daß Personen vom Vorstande der „Vereinigung“ solche Meinung zum Nachteil des „Verbandes“ verbreitet haben.

So viel aus der bisherigen Diskussion. Gegenwärtig behauptet Herr Johann Bona im Postemp, daß die gegen die Czersker Vorgänge erhobenen Vorwürfe von dem Herrn Dr. Karasiewicz aus Tuchel herrührten. Und gerade auf Grund der Czersker Angelegenheit entstand gegen den „Verband“ der Vorwurf, daß er um die Ausbreitung seiner Organisation nicht bemüht sei.

Angesichts dessen, daß Herr Johann Bona seinen Vorwurf öffentlich aufrecht erhält und zur Bestätigung seiner Behauptungen Herrn Dr. Karasiewicz aus Tuchel als Zeugen anführt, von dem wir wissen, daß er nicht leichtfertig oder aus Neigung, zu schaden, einen solchen Vorwurf machen würde, fragen wir den Vorstand des „Verbandes“, wie es sich mit der Czersker Angelegenheit und mit Westpreußen überhaupt verhält? In den Akten des „Verbandes“ müssen doch Beweise dafür vorhanden sein, ob der „Verband“ nach Preußen berufen worden ist oder nicht.

Das eine bemerken wir, nämlich: daß wir im Januar 1904 dem Herrn Dr. Karasiewicz persönlich die Adresse des „Verbandes“ oder die Adresse solcher Leute gegeben haben, welche dem Verbande wohlwollend gegenüber stehen.

Die Sache sollte doch aufgeklärt werden. Wir behalten uns jedoch von vornherein für den Verband vor, daß, ob nun die Antwort so oder so ausfällt, die Vereinigung sich noch lange nicht anmaßen kann der Meinung zu sein, daß sie eine bessere Organisation sei. Wir könnten der Vereinigung in Westfalen so manche Sünde nachsagen, die schwerer ist als der Vorwurf, welcher gegen den Verband erhoben wird.

Aus Nr. 144 der Gazeta Polska (Kosten)
vom 28. Juni 1905:

In einem „An unsere Leser“ überschriebenen Artikel schreibt die Gazeta Polska unter anderem:

Der größte Teil unseres Volkes, unsere im russischen Anteil, dem Königreich Polen, wohnenden Brüder leben in einer wichtigen Übergangsperiode. Auch wir verfolgen mit großem Interesse ihre Schritte, wir freuen uns über die Erleichterungen, die sie erfahren, wir teilen ihre Hoffnungen und Aussichten, die schon in der nächsten Zukunft in Erfüllung gehen können. **Das Königreich wird sich vielleicht an den reformatorischen Arbeiten des gesamten russischen Reiches beteiligen. Das wird das Königreich nicht zufriedenstellen, denn es trachtet überhaupt nach der Selbstherrschaft. Ob es dieselbe schon jetzt erleben wird?** Vorurteile wollen wir nicht bilden, aber es scheint, daß Rußland auf friedlichem Wege dem Königreich die Selbstherrschaft nicht zugestehen wird, an einen Aufstand aber im Königreich denkt sicherlich selten jemand von den überlegteren Politikern.

Dieser Wunsch wird daher vielleicht nicht in Erfüllung gehen, aber trotzdem sind dem Königreich in vielen Punkten Erleichterungen zugesichert, und die dasselbe quälenden Fesseln werden etwas leichter werden.

Man darf in der Tat hoffen, daß dies die Kräfte unseres Volkes festigen wird, denn das Königreich ist das größte, das mächtigste.

Auch das gibt uns Mut. Bis vor kurzem waren unsere Leiden noch nicht so groß, wie die des Königreichs Polen. Rußland war mächtig. Rußland und Preußen waren mit Beziehung auf die Pläne der Bedrückung und Entnationalisierung der Polen sehr einig. Jetzt gibt das geschwächte Rußland schon nach. **Ob das vereinsamte Preußen mit der Zeit auch das Band der Bedrückung nicht wird loser machen müssen?**

Wir hoffen es. Diese Hoffnung teilen wir mit unseren Lesern, um ihnen Mut zu geben zum Ausharren in der bisherigen Tätigkeit auf nationalem Gebiete.

Glück zu!

Aus Nr. 144 des Oredownik (Posen)
vom 27. Juni 1905:

Die feierliche Prozession aus der Pfarrkirche um den Alten Markt fand gestern bei schönem Wetter statt. Das Allerheiligste Sakrament trug der Hochwürdigste Bischof Dr. Wikowski. Unzählige Scharen von Andächtigen füllten den geräumigen Marktplatz und die angrenzenden Straßen an. Die Häuser waren mit Laub, Lichtern und Draperien geschmückt.

Allgemeine Entrüstung rief das Verhalten einiger Einjährigen vom 19. Infanterieregiment hervor. Sechs von diesen Herren, und zwar waren es schon Vor-gesetzte, denn alle trugen Knöpfe an den Kragen, drängten sich während der Prozession durch die dichte Menschenmenge mit Zigarren im Munde und mit den Mützen auf dem Kopfe, die Leute in der Andacht störend. Abgesehen von dem Mangel an Achtung vor einem so feierlichen Akte muß man jenen Herren einen unerhörten Mangel an Takt vorwerfen. Takt aber sollte man von Herren, welche einjährig beim Militär dienen, in der preußischen Armee doch verlangen können. Wie leicht konnte ein von der brennenden Zigarre abfallender Funken leichte Frauengewänder in Brand setzen!

Aus Nr. 149 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 4. Juli 1904:

Aus dem Rheinlande, 1. Juli.

Die Fronleichnamsprozession und das „Posener Tageblatt“.

„Des Lasters (Verfolgung) Bahn ist anfangs zwar ein breiter Weg durch Auen; allein sein Fortgang bringt Gefahr, sein Ende Nacht und Grauen.“ Das sind die Worte eines deutschen Mannes gerichtet an diejenigen, bei denen die Verfolgungswut zum Laster geworden ist. Die Wege dieses überaus häßlichen Lasters sind zwar breit und wie mit Rosen bestreut, bis schließlich Gottes Finger diejenigen trifft, welche in ihrer Hitze selbst mit Gott den Kampf anfangen.

Möge sich dies das Posener Tageblatt merken zum ewigen Gedenken und möge es in der Geschichte der Nationen nachlesen, dann wird es sich überzeugen, daß Gott der Herr die Stolz von den Thronen stieß und den Hochmut der Verfolger zerschmetterte.

Die Fronleichnamfeier hat i. J. 1240 Robert, Bischof von Leyden, eingesetzt und im Jahre 1264 hat sie Papst Urban IV. bestätigt. Die katholische Kirche begehrt mithin auf der ganzen Erdoberfläche dies Fest seit über 600 Jahren.

Natürlich gefällt dies dem protestantischen Haskismus nicht und er möchte mit einem Federzuge diesen schönen Brauch der katholischen Kirche aufheben. Doch muß dieser Brauch auch weiterhin erhalten bleiben, denn er ist durch Gesetz und Verfassung garantiert. Statt zu heizen und uns Gruben zu graben, ist es besser, sich die Mühe zu nehmen, die Gesetzesannalen durchzublüffern, die uns Katholiken jede Freiheit garantieren, Fronleichnamsprozessionen durch dieselben Straßen abzuhalten, sofern diese Prozession schon seit 50 Jahren stattfindet, — entgegengegesetztenfalls bedarf es der Genehmigung des Herrn Ministers. Die Sache hängt mithin nicht vom Humor des haskistischen Posener Tageblatts ab.

Mit Recht hat das Verhalten einiger Einjähriger während der Fronleichnamsprozession auf dem Alten Markt allgemeine Entrüstung hervorgerufen. Diese Leute waren durch die zahlreiche Volksmenge gegangen mit Zigarren im Munde und mit Mützen auf dem Kopfe, und sie hatten die Leute in der Andacht gestört. Ein solches nichtswürdiges Benehmen von Leuten, die sich zu den gebildeten Klassen rechnen, sollte öffentlich an den Pranger gestellt werden. Was soll man da von einem gewöhnlichen Soldaten verlangen? Ein solches Benehmen ist strafwürdig, da die Andacht eine öffentliche ist, — wer aber eine Andacht so ostentativ stört, setzt sich der Bestrafung aus.

Hier ist ein Arbeiter zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt worden, welcher in einer katholischen Kirche während der Predigt ausrief: „Hoch Bebel!“ Reugierig sind wir, was geschehen würde, wenn jemand während patriotischer Feste und Reden in solcher Weise sich benähme, — bestimmt würde er gehängt werden.

Wie anderer Ansicht sind höhere Offiziere, obwohl Protestanten, bezüglich derartiger Dinge. Ich habe, als ich mich noch in der Heimat befand, mit eigenen Augen gesehen, wie ein Bataillonskommandeur, Major S. (mit Stadt und Namen kann ich auf Erfordern dienen) einen heute noch lebenden katholischen Geistlichen salutierte, der mit der letzten Wegzehrung zu einem Kranken ging.

Und salutiert ein gebildeter und wohlgezogener Mensch nicht einen Leichengang katholischen, protestantischen oder eines anderen Bekenntnisses, indem er, um

dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen, mit Achtung die Mütze abnimmt? Das nennt man Takt und bessere Erziehung. Den Grünhüßeln aber, welche hochmütig mit der Zigarre im Munde, also mit Verachtung unter der Volksmenge einhertritten, die sich vor dem Herrn der Heerscharen in Demut neigte, würde eine Lektion nichts schaden. Die Sache müßte dem zuständigen Oberst ev. dem Kommandierenden General vorgestellt werden, und diese Herren würden bestimmt nicht verabsäumen, jenen taktlosen Herren eine Lektion zu erteilen. Ich weiß bestimmt, daß in vielen Städten den nichtkatholischen Soldaten verboten worden ist, sich während der Fronleichnamsprozession auf den Straßen zu zeigen. So sollte es auch in Zukunft sein, dann wird man die Nadelstiche sparen.

Ebensoviel Taktlosigkeit wie im Osten, ebensoviel Takt im Westen. Auch hier finden Prozessionen mit großer Brunkentfaltung statt. Die gesamte Polizei ist in Bewegung. Die Straßen, durch welche die Prozession zieht, dürfen nicht durchschritten werden, die Straßenbahnen kursieren nicht. Die Polizei setzt alles daran, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Hier sieht man nicht Leute mit Mützen oder Hüten auf dem Kopfe, und Gott bewahre! mit der Zigarre im Munde. Die Protestanten und Juden sehen sich von den Fenstern und Balkons aus die Prozessionen an und sie zeigen so viel Takt, nicht zu rauchen, um dadurch das Empfinden ihrer katholischen Mitbürger nicht zu verletzen.

Ich rate den Redakteuren des „Pos. Tagebl.“, nach dem Westen zu kommen und zuzusehen, wie hier ihre Glaubensgenossen sich verhalten, dann wird die Lehre auch nicht vergebens erteilt sein. Das „Pos. Tageblatt“ sollte obige Aufschrift übersetzen und in seine Spalten aufnehmen, — das wird die beste Arznei gegen obigen Hochmut und gegen die Taktlosigkeit sein, durch welche man fürwahr uns Polen gegenüber keine „Überkultur“ zeigt, — im Gegenteil, solche Leute stehen niedriger, als der durchschnittliche polnische Bauer.

Wahre Kultur ist Liebe und gegenseitige Achtung unter den Nationen. So verfährt also, ihr Herren vom „Tageblatt“, dann werdet ihr Achtung und Anerkennung unter euren Mitbürgern „polnischer Zunge“ erfahren, mit denen auf einem Boden zusammen zu wohnen die Vorsehung bestimmt hat. Entgegengegesetztenfalls müssen wir uns mit Verachtung von Euch abwenden.

Unerforschlich sind Gottes Gerichte, und wir glauben an die Gerechtigkeit dessen, der die Nationen regiert.

Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis der Henkel bricht.

Guer Bekannter.

Aus Nr. 148 des Dziennik poznański (Posen)
vom 2. Juli 1905:

Aus der Kriewener Gegend.

(Folgen des Ansiedlungsgesetzes.)

Der geehrten Redaktion gestatte ich mir mitzuteilen, welche unglückseligen Folgen das Ansiedlungsgesetz nach sich zieht. Ein bäuerlicher Wirt aus Gierlachowo, Kreis Kosten, verkaufte sein Grundstück und kaufte im vorigen Jahre in demselben Dorfe ein neues. Der Kommissarius hatte ihm

die Versicherung gegeben, er werde die Konzession zum Bau eines Hauses erhalten. Er baute daher eine Scheune und einen Stall, aber zum Hausbau hat er bisher den Konsens nicht erhalten. Er wohnt daher mit der ganzen Familie im Stalle. Anfangs kochte er dort auch das Essen, doch hat der Gendarm ihm dies verboten. Er hat daher einen kleinen Ofen beim Stalle gebaut; aber auch hier verbot man ihm das Kochen, angeblich wegen Feuergefähr. Der Wirt ist mithin genötigt, sein Essen im Felde zu kochen. Solange es Sommer und warm ist, wird das noch gehen; aber was wird werden, wenn der Winter kommen und der Konsens nicht eingetroffen sein wird? In der Decke des Stalles sind solche Spalten, daß der Himmel durchleuchtet.

Aus Nr. 145 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 28. Juni 1905:

An die Adresse des „Straz“-Vereins.

Grudna, 24. Juni.

Am Fronleichnamstage hat der Briefträger der Postanstalt Bolewik — einer zu Neutomischel gehörigen Agentur — Briefe und Zeitungen nur zu Deutsch-evangelische ausgebracht, zu Polen und Deutsch-katholiken aber nicht. Auf die Frage, weshalb er die Zeitung nicht gebracht habe, antwortete er, die Polen hätten Feiertag, der polnische Briefträger sei daher zur Kirche gegangen, die beiden deutschen Briefträger aber hätten den Auftrag erhalten, nur an Evangelische die Zeitungen usw. zu liefern. Besteht diese Einrichtung noch irgendwo? Besteht eine Verfügung, daß dies so geschehen solle oder hat vielleicht der Beamte von der Postanstalt Neutomischel einen solchen Auftrag eigenmächtig erteilt?

Wenn unsrer Zeitungen halber ein polnischer Briefträger die Kirche versäumen sollte, so sind wir gern damit einverstanden, an diesem Tage keine Zeitungen zu erhalten; wenn aber ein Briefträger schon ausgebracht hat und wenn er bei uns im Dorfe war, so hätte er für Alle die Zeitungen mitnehmen und sie Allen aushändigen sollen. Wir bitten um Aufklärung und gegebenen Falls um Mitteilung an das Bureau des Straz-Vereins.

Aus Nr. 148 des Lech (Gnesen)
vom 1. Juli 1905:

Verbot des Sokolgautages in Pakosch.

Die preußische Polizei ist darum bekümmert, daß wir nicht vergessen sollten, daß wir uns in einer Ausnahmestellung befinden, daß wir im Verhältnis zu unseren deutschen Mitbürgern aller Rechte beraubt sind. Während nämlich die Deutschen öffentliche Aufzüge und Feste veranstalten, zu denen sie des öfteren sogar aus Staatsmitteln bedeutende Unterstützungen erhalten, verbietet man uns jedwede öffentliche Bekundung unserer Lebensfähigkeit, unseres Daseins.

In Pakosch soll am 23. Juli d. Js. eine Zusammenkunft des „Sokols“ des ersten Gaues (Nord-

gau), bestehend aus den Vereinen Gnesen, Hohensalza, Wittkowo, Tremessen, Strelno, Kruschwitz, Pakosch, Bartschin und Wöngrowitz abgehalten werden.

Von Seiten der bezüglichen Behörden wurde lediglich am Tage der Zusammenkunft, und zwar um 3 Uhr nachmittags, die Abhaltung einer Versammlung, jedoch unter Ausschluß von Minderjährigen und Damen gestattet.

Verboden wurden dagegen: Freiübungen, der gemeinsame Ausmarsch, das Tragen irgend welcher Abzeichen und der Sokoluniformen alten Musters, die Teilnahme des Publikums, sowie Tanz und Musik. Mit einem Worte: es wurde alles verboten, mit Ausnahme der Versammlung!

Es ist das mehr oder weniger das, was die Sokatisten verlangt haben. Wir haben also einen greifbaren Beweis dafür, welche Macht die Sokatisten in Preußen besitzen. O, wir werden dafür die Preußen „lieben“.

Aus Nr. 148 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 4. Juli 1905:

Kösten, 3. Juli.

Der gestrige Sonntag war überaus schwül. Es schien, als drohte ein Unwetter am Himmel. Die Temperatur war eine ungewöhnlich hohe. Wer da konnte, der suchte sich zu verbergen. Nur die Pflicht und das Vergnügen lockte die Leute aus dem kühlen Schatten hervor. Auf dem Turnplatz des Schützengartens turnte trotz der Hitze eine Anzahl „Sokols“. Da wurden Übungen mit Lanzen, dann wiederum Freiübungen durchgeführt, von Lehrlingen sah man Pyramiden aufzuführen. Das nennt man Pflichterfüllung. Größer aber als die Kraft der Pflicht ist die Neigung, sich zu vergnügen. Das ist nun einmal die Begierde der Menschen — wenn sie sich vergnügen können, dann achten sie weder auf die Sonne noch auf die brennende Hitze, sie fühlen den auf Stirn und Gesicht in perlenden Tropfen herablaufenden Schweiß nicht, sie fühlen in den Gliedern keine Ermattung. Wir sagen das nicht, um zu tadeln, denn es ist nicht mehr wie recht, daß der Mensch nach schwerer Arbeit seinen Geist durch Vergnügen auffrischt, sondern nur um die ungeheure menschliche Natur zu zeigen, welche sich nicht in ein allgemeines Schema, in eine Konstruktion bringen läßt wie z. B. die Räder einer Maschine. Bei den Klängen der Musik vergnügten sich in diesem Garten die Mitglieder des Köstener landwirtschaftlichen Vereins „Kolnik“ zugleich mit den „Sokols“. Ist das nicht eine schöne, erhabene Zusammenstellung? Der Landmann liebt und beachtet die Erde, der Sokol erhebt sich mit grauen Schwingen über die polnische Erde und facht, wo er nur kann, den Funken des nationalen Geistes an. — Ehre dafür allen beiden!

Aus Nr. 146 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 1. Juli 1905:

In unserer Stadt existiert seit kurzem in der Molkestraße ein Kolonialwarengeschäft unter der Firma Barbara Matuszewska. Das Publikum,

und insbesondere die bauerlichen Wirte, welche von dieser Gegend her zur Stadt kommen, machen wir darauf aufmerksam, daß Frau Matużewska durchaus keine Polin ist; sie stammt von polnischen Eltern, hat ihre Nationalität verworfen und verachtet ihre eigene Sprache und die Polen, ohne daraus ein Geheimnis zu machen.

Aus Nr. 146 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 1. Juli 1905:

Unser Landsmann, Herr Miecislaus Nowakowski, hat in der Köstener, jetzt Friedrichstraße, eine Fahrrad-Motormagen- und Maschinenhandlung angelegt. Es ist das für die ganze Umgegend das einzige polnische Geschäft in dieser Branche. Man darf daher hoffen, daß ihn die Landsleute in gehöriger Weise unterstützen werden. Wir können den Lesern die Gewißheit geben, daß Herr N. seine Kunden in jeder Weise zufriedenstellen wird.

Dem neuen Unternehmen viel Glück!

Aus Nr. 148 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 2. Juli 1905:

Geburtscheine sind erforderlich.

Zur Durchführung einer für unsere Volksgesamtheit wichtigen Angelegenheit sind die Geburtscheine erforderlich:

1. des Michael Kosmowski, späteren Abts von Tremessen,
2. seiner Schwester Magdalena Kosmowska,
3. Der Anna Kruszevska, Tochter der Anton und Magdalena, geborenen Kosmowska, Kruszevski'schen Eheleute.

Der Abt Michael Kosmowski ist um 1730, seine Schwester Magdalena um 1750 und Anna Kruszevska um 1800 geboren.

Die ehrwürdigen Herren Präpste, welche der Sache einen Dienst erweisen und die geforderten Geburtscheine aus den Kirchenbüchern auffuchen wollen, bitte ich, mir sie gegen Postvorschuß unter meiner Adresse zuzusenden.

Anton Karpinski,
Rechtsanwalt in Gnesen.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 79 der Gazeta Gdanska (Danzig)
vom 4. Juli 1905.

Der diesjährige Genossenschaftstag

wird in Polzin abgehalten werden. Der Zeitpunkt der Abhaltung und die Tagesordnung wird seinerzeit bekannt gegeben werden. Den geehrten Genossenschaften bringen wir den § 23 der Verbandsatzungen in Erinnerung, wonach auf die Tagesordnung jede, wenn auch nur von einer Genossenschaft angeregte Angelegenheit gesetzt werden muß, wenn der entsprechende Antrag 14 Tage vorher dem Patron übersandt wird.

Pfarrer Wawrzyniak
Patron.

Aus Nr. 78 der Gazeta Gdanska (Danzig.)
vom 1. Juli 1905:

Aufruf.

Wie wir schon zu Beginn des laufenden Jahres mitgeteilt haben, hat sich entsprechend dem in der Volksversammlung am 9. Dezember 1904 gefaßten Beschlüsse für den Kreis Berent ein Wahlverein gegründet zur Aufklärung der Wähler über ihre Bürger-Rechte und Pflichten, sowie zum Sammeln von Beiträgen für Wahlzwecke.

Es wurde allgemein erwartet, daß mit Rücksicht auf die Tragweite dieser Angelegenheit gleich nach dem ersten Aufrufe mindestens die Hälfte der Wähler unserem Vereine betreten würde, und umsomehr, als der pflichtmäßige Jahresbeitrag nur 50 Pfennige beträgt.

Indessen sind wir in unserer Hoffnung getäuscht worden. Von der in unserem Kreise befindlichen bedeutenden Anzahl polnischer Wähler, die ca. 7000 beträgt, sind bisher nur 333 Wähler beigetreten.

Diese Tatsache ist für uns um so schmerzlicher, als wir in äußerst traurigen Zeiten leben, denn wir können auf niemanden rechnen, und wir können nur durch eigene aufrichtige und energische Arbeit etwas schaffen. Dazu ist aber eine Kollektivtätigkeit, gegenseitige Unterstützung und Opferwilligkeit notwendig.

Ferner darf man sich nicht auf die reichen oder intelligenten Leute verlassen, denn jeder, sogar auch der ärmste Arbeiter hat auch die Pflicht auf sozialem Gebiete zu arbeiten und sich auf ihm nützlich zu erweisen, daher muß auch einer den andern zur aufrichtigen Arbeit auf nationalem Gebiete aufmuntern und ihm Mut einflößen. Es handelt sich doch um eine wichtige Angelegenheit, nämlich um unsere nationale Existenz und um die Verteidigung unserer Rechte, die uns gegenwärtig immer mehr beschnitten werden. An uns ist es jetzt, zu zeigen, ob wir geeignet sind, den Namen einer Nation zu tragen, ob wir geeignet sind, unsere heiligsten Schätze, unsere Religion und unsere Sprache zu erhalten, und ob wir es verstehen, unseren Nachkommen nicht nur in materieller Hinsicht, sondern auch in nationaler Hinsicht das Dasein zu sichern.

Möge sich daher jeder Wähler ohne Standesunterschied seinem Vermögen entsprechend, von dieser Arbeit und Opferwilligkeit nicht zurückziehen, umsomehr, als der Beitritt als Mitglied nicht viele Umstände macht, und der Beitrag von 50 Pf. auf das ganze Jahr das Vermögen keineswegs vermindert,

Um den Beitritt zum Wahlverein zu erleichtern, haben wir in jeder Gemeinde die unten aufgeführten Vertrauensmänner bestimmt, die Anmeldungen annehmen, und die ebenso wie unser Vereinskollekteur, Herr T. Rogalla in Berent, Beiträge entgegennehmen.

Vertrauensmänner sind nachstehende Herren: Franz Brzezinski in Stawiski, Franz Lubawski in Wisin, Leopold Pier in Jaryszewo, Viktor Wolter in Kalisz, Fr. Szulc in Dziemiany, Josef Litewski in Skwiany, Zgoda in Pogatki, Felix Stobanski in Zylowahuta, Lonia in Nowy Alincz, Jazdzierski in Duzi Alincz, Johann Wadzyn in Dobogora, Urbanzki in Niedamow, Auglewicz in Duzi Lubieszyn, August Radomski in Tuszkow, Johann

Winchinowski in Kosmin, Josef Skwierawski in Sybati, Paul Ringwaldski in Grzybowo, Johann Pietka in Lipati, Teofil Zaremski in Rotenberg, Emil Wincki in Szczodrowo, Fr. Wierzka in Stare Kiszewo, Leo Kaszubowski in Nowe-Kiszewo, Philip Golincki in Olpuch, Peter Marloch in Schoeneheide, Johann Burandt in Korne, Johann Breska in Zuszki, Vinzent Schware in Konarzyny, Anton Pastewa in Piechowica, Teodor Brzozkowski in Wiechowny, Berlin in Baglikowiec, Johann Skwierawski in Lubiany, Johann Gliwa in Refownica, Teofil Dera in Stare Grabowo, Josef Plichta in Grabowka, Teofil Daczynski in Lubati, Jsidor Palbicki in Linimko, Franz Zimmermann in Szataryn, Franz Brzezinski in Gorne Skrzyszlowo, Johann Weiß in Lorene, Leonhard Czernik in Nowy Wiec.

Zum Schlusse teilen wir mit, daß wir für die wenigen Gemeinden, für die wir noch keine geeigneten Vertrauensmänner besitzen, solche in kurzer Zeit bestimmt werden.

Der Vorstand des Wahlvereins für den Kreis
Berent.

Dr. Pellowski, Vorsitzender,
Wl. Stachowski, Kassierer,
A. Rudawski, stellv. Vorsitzender und Schriftführer,
J. Kiedrowski, stellv. Schriftführer,
sämtlich in Berent.
Propst Cichocki,
A. Freda aus Stare Grabowo,
Al. Uniski, A. Swieczkowski-Berent.
J. Gaszkowski-Duzyn Klincz.

(Ein Bravo dem Berenter Kreise, der von allen kassubischen Kreisen mit gutem Beispiele zuerst vorgeht. Die Red.).

Aus Nr. 146 der Gazeta Torunska (Thorn)
vom 29. Juni 1905:

Eine neue wissenschaftliche Arbeit über Westpreußen.

Mancher Leser der Gazeta Godyenna (Gazeta Torunska) erinnert sich gewiß noch an Herrn Professor Dr. Nitsche aus Krakau, der im vorigen Sommer die Kraine, die Südkassubei, die Kociemoer Gegend, die Tucheler Heide und die Schwezer Gegend von Parochie zu Parochie durchwandert und die Leute befragt hat, wie sie die Worte aussprachen. Als er damals mitunter mitten auf der Straße um sich herum Kinder und Erwachsene versammelt hatte und sie ausfragte, verdächtigte man ihn der Spionage.

Daß er kein Spion war, sondern ein von der Akademie der Wissenschaften in Krakau ausgesandter Gelehrter zur Erforschung der Mundart in Westpreußen, das beweist das Resultat seiner Forschungen, das in dem „Material und Arbeiten der Sprachkommission der Akademie der Wissenschaften in Krakau, Band III“ niedergelegt ist. Der Titel dieses Bandes lautet: „Die polnischen Dialekte in Westpreußen, 1. Teil, die Dialekte links der Weichsel (einschließlich der angrenzenden Kassubei). Der Autor teilt seine 284 Seiten umfassende Arbeit in 2 Teile: im ersten stellt er die ausländischen kassubischen Dialekte dar, im zweiten

Teile drei im Prinzip nicht kassubische Dialekte: Flatower, Tucheler und Kociemoer Dialekt und Abarten.

Eine Kritik der Arbeit überlassen wir den Fachleuten, da die auf jeder Seite zu Tage tretende Fachgründlichkeit Lob verdient. Die beigelegte ausführliche Karte wird jeder mit Interesse in Augenschein nehmen. — Es ist nur schade, daß der Autor Neufirk bei Straburg übergangen hat, das auf der Karte als deutsch schwarz bezeichnet steht, und daß er nicht bis Raduhn bei Prangowo (Prangenan?) und Bielkowo (?) vorgedrungen ist.

Wir können uns darüber freuen, daß ein gelehrter Forscher uns den Weg der westpreussischen Dialektologie geebnet hat. In diesem Sommer gedenket er die Kulmer, Michalowoer (?) und Löbauer Gegend zu besuchen, um das Werk zu vollenden.

Pfarrer P. Cz.

Aus Nr. 148 der Gazeta Torunska (Thorn)
vom 2. Juli 1905:

Um die polnischen Berufsverbände

hat sich in den Posener Zeitungen ein Streit entsponnen. Es handelt sich darum, welche von den polnischen Organisationen die beste ist. Nach unserer Meinung ist dieser Streit vollkommen überflüssig und er beruht nur auf einem Mißverständnis. Beide polnische Verbände, d. i. der „**polnische Berufsverband in Posen**“ und die „**polnische Berufsvereinigung in Bochum**“ können bestehen und nebeneinander arbeiten, und zwar nicht als Konkurrenten, sondern im Gegenteil, sie sollen sich unterstützen und sich gegenseitig ergänzen, denn sowohl für den einen als für den anderen Verband gibt es Arbeit genug. Es handelt sich nur darum, daß beide Organisationen ihre Aufgaben verstehen, die ihnen die Verhältnisse und die Zusammensetzung der Mitglieder vorschreiben.

Die „polnische Berufsvereinigung“ ist durch und für Arbeiter gegründet worden, die in der Großindustrie beschäftigt werden und an deren Spitze Arbeiter im strengsten Sinne des Wortes stehen. Der Vorbehalt hinsichtlich der Großindustrie ist ja zwar aus den Statuten der „Vereinigung“ entfernt worden, und man hat angefangen, auch Handwerksgefallen als Mitglieder aufzunehmen, doch von 28 000 Mitgliedern entfallen auf die Handwerksgefallen nicht einmal Tausend, und der Rest sind Arbeiter im strengsten Sinne des Wortes, die namentlich in Berghwerken und Fabriken beschäftigt sind.

Anderes steht die Sache im Posener „Verbande“. Der von Kaufleuten und Handwerkern unter aktiver Beteiligung von Doktoren gegründete „Verband“ steht auch heute noch unter der Leitung dieser Elemente, und organisiert überwiegend die Handwerksgefallen, während unter seinen Mitgliedern kaum Tausend Arbeiter im wahren Sinne des Wortes sind.

Es widerspricht auch tatsächlich der Aufgabe einer Berufsorganisation, wenn sich in einem Verbande Berufe vereinigen, die sich hinsichtlich ihrer beruflichen Ausbildung und der Höhe des Verdienstes zu sehr unterscheiden. Am schwersten sind dagegen

die sogenannten gelernten Arbeiter, und zwar vor allem die Handwerksgehilfen und die Arbeiter in des Wortes wahrster Bedeutung zu verhöhnen. Der Schuhmacher, Barbier, Maler, der heute als Geselle eine Erhöhung des Verdienstes anstrebt, und morgen als selbständiger Meister die billigsten Gehilfen suchen wird, wird die Bedürfnisse und Bestrebungen des Fabrikarbeiters nicht leicht verstehen, der keine Aussicht hat, Fabrikherr zu werden, und dessen Kinder und Enkel wahrscheinlich auch Arbeiter werden.

Deshalb meinen wir, daß der Posener „Verband“ und die Bochumer „Vereinigung“ ein Kartell auf der Basis schließen müßten, daß der „Verband“ die Handwerksgehilfen organisieren wird und der „Vereinigung“ die Bergarbeiter, Fabrikarbeiter und andere ungelernete Arbeiter überläßt. Mögen sie beide organisieren, jeder in seinem Rahmen, mögen sie das ganze Land des deutschen Reiches umfassen, dann werden sie an Bedeutung gewinnen und gleichzeitig den Interessen der arbeitenden Klassen dienen.

Die „polnische Berufsvereinigung“ würde sich, wie uns bekannt, sehr gern mit einer solchen Teilung der Arbeit einverstanden erklären; es würde sich nur um das Einverständnis des „polnischen Berufsverbandes“ in Posen handeln, doch wir zweifeln nicht, daß seine aufgeklärten Leiter, die gelernte Arbeiter sind, erkennen werden, daß dies die einzige Möglichkeit ist, eine lebendige polnische Berufsorganisation zu schaffen.

Aus Nr. 77 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 29. Juni 1905:

Die Russen und die Preußen!

Gelegentlich der Sitzung des Strausausschusses des Kreisgerichts in Grodno haben die Geschworenen römisch-katholischen Bekenntnisses um die Erlaubnis gebeten, den Eid in polnischer Sprache ablegen zu dürfen. Das Kreisgericht hat dieser Bitte entsprochen. Am folgenden Tage hat ein Geistlicher, der katholischen Zeugen den Eid abnehmen sollte, um die Erlaubnis, sich an die Zeugen mit einer kurzen polnischen Ansprache zu wenden, mit der er sie an die Pflicht und die Heiligkeit des Eides erinnern wollte. Auch diese Bitte hat das Kreisgericht berücksichtigt.

So geht es heute bei den russischen Gerichten zu! Und was geschieht bei den preussischen Gerichten? Dort werden mitunter die armen Zeugen, die da behaupten, sie könnten die Aussage in deutscher Sprache nicht machen, ins Gefängnis gepackt, und zwar wegen ungebührlichen Betragens vor Gericht.

Ja, nicht nur Zeugen, sondern sogar ein Dienstmädchen, die wegen irgend einer Dummheit angeklagt war, packte ein Richter in Gnesen ins Gefängnis dafür, weil sie nicht deutsch verstand. Das ist etwa kein Verbrechen oder eine Zeitungsente, denn diese Angelegenheit ist vom Abgeordneten Herrn Kulerski im Reichstage zur Sprache gebracht worden. Der Justizminister hat sich über den Fall informiert, und man hat dem armen Mädchen ca. 20 Mark für den Tag bezahlt, den sie unschuldig im Gefängnis zubringen mußte. Aber was will das bedeuten gegenüber den Tränen, die sie vergossen hat, gegenüber den geistigen Leiden, die sie erlitten hat. Das alles kann mit Geld nicht bezahlt werden. Solche Sachen kommen unter russischer Herrschaft nicht nur heute nicht vor, sondern sie sind nie vorgekommen.

Aus Nr. 150 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 5. Juli 1905:

Wichtig für Landleute, die Grundstücke kaufen wollen.

In einem von der Eisenbahnstation und der Kreisstadt eine Meile entfernten Kirchdorfe Westpreußens können von Nichtlandslenten nachstehende zwei Grundstücke erworben werden.

1. 500 Morgen überwiegend guter, rationell bewirtschafteter Boden. Alle Gebäude in nicht schlechtem Zustande und ausreichend. Inventar komplett. Ein prächtiger Garten. Wert ungefähr 160 000 Mark.

2. 300 Morgen etwas leichterer Boden. Gute Ernteaussichten. Prachtige neue Gebäude. Ein herrliches kleines Schloß. Wert ungefähr 90 000 Mark. Eile erforderlich!

Aus Nr. 146 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 29. Juni 1905:

Kulmsee.

Ein guter Schlosser könnte sich hier niederlassen, da hier eine neben der katholischen Kirche befindliche schon über 20 Jahre bestehende Schlosserei am 1. Oktober d. Js. zu vermieten ist. Hier könnte sich einer der „Anfrage“ niederlassen; der Vorgänger, der 3 Jahre auf der Schlosserei war, hat so viel gespart, daß er sich ein Grundstück kaufen konnte. Nähere Auskunft erteilt Herr M. Tejskowski in Kulmsee (Westpr.), Domstraße.

Aus Nr. 79 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 4. Juli 1905:
Kulmsee, den 2. Juli 1905.

Wie ich erfahren, soll hier ein Abklatz des „Bielgrzym“ herausgegeben werden, und zwar deshalb, weil die Gazeta Grudzionska in Kulmsee und Umgegend 1200 Abonnenten haben soll. Ist das wahr? (Was die Abonnentenzahl anlangt, so kann es möglich sein, daß es dort so viele gibt. Ob dort aber ein Abklatz des Bielgrzym herausgegeben werden soll, das wissen wir nicht. Es ist aber leicht möglich, daß man, um diese 1200 Abonnenten einzufangen, dazu bereit ist, denn der Bielgrzym kann nur wie die Drohnen von fremder Arbeit leben. — Aber gegebenenfalls werden die Kulmseeer diesem „Ableger“ einen warmen Empfang — im Ofen bereiten.)

Aus Nr. 78 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 1. Juli 1905:

Das Vergnügen des Graudenzener „Sofolvereins“

fand gestern, am Donnerstag, im Garten des Herrn Marohn in Neudorf unter zahlreicher Beteiligung geladener Gäste, besonders der eingeladenen Sofols aus Briesen, Krone a. d. Br., Nakel, Thorn, Bromberg, Löbau, Kulmsee und Kulm statt. Die Sofols waren schon einen Tag vorher eingetroffen und fanden in den Häusern der Graudenzener Bürger gästliche Aufnahme.

Am Donnerstag um 1 Uhr fand ein gemeinschaftliches Frühstück der Sofols im Vergnügungslokal statt. Gleichzeitig begann auch das Konzert der Kapelle des Herrn Rasprzewski aus Kulmsee, das

den ganzen Nachmittag hindurch währte. Gegen 5 Uhr begannen die Turnübungen der Sokols. Sowohl die Freiübungen als die Geräteübungen gefielen den versammelten Gästen außerordentlich, die denn auch mit Beifall nicht kargten. Die Übungen dauerten bis abends 7 Uhr, hieran schloß sich ein Tanzvergnügen, das unter eifriger Beteiligung bis 2 Uhr nachts dauerte. Auf dem Vergnügen waren auch die Abgeordneten v. Chrzanowski und Kulerski anwesend, ersterer als Vorsitzender des Sokolverbandes in Deutschland. Man kann sagen, daß das „Sokolvergnügen“ in Graudenz sehr gut ausgefallen ist.

Aus Nr. 77 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 29. Juni 1905:

Aus der Kulmer Gegend.

Für die aus Rußland angesiedelten „kulturtregerow“ gibt sich die Ansiedelungskommission die größte Mühe. Wie bekannt, sind diese „landsmann“ so dumm wie Bohnenstroh; fast keiner von ihnen kann schreiben und lesen. Deshalb hat die Ansiedelungskommission Abend-schulen eingerichtet. Sogar der Schulinspektor soll diese härtigen Schüler prüfen, während sie ihre Pfeifen rauchen. — Die Deutschen jammern jedoch schon heute darüber, daß diese Arbeit umsonst sein wird.

Aus Nr. 75 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 24. Juni 1905:

Aus Lautenburg

schreibt man uns: Die Gazeta Grudziadzka hatte seinerzeit die Nachricht gebracht, daß sich unter den Lehrern, die die zweite Prüfung abgelegt haben, viele mit polnischen Namen befunden hätten und es so hingestellt, als ob diese Lehrer Polen wären. Das entspricht aber nicht den Tatsachen, denn heute spricht weder, noch fühlt einer der jungen Lehrer polnisch, auch wenn er aus einer polnischen Familie stammen sollte. Am 2. Pfingstfeiertage fand in der hiesigen Kirche die Trauung des Lehrers Herrn E. Kochon aus Neumark mit Fräulein E. Wojciechowska von hier statt. Obgleich die Eltern der Neuvermählten nicht deutsch können (der Vater des Herrn Kochon ebenfalls), wurde das junge Paar deutsch getraut. O, ihr polnischen Jungfrauen, für den Titel „Frau Lehrer“ verleugnet ihr die heilige Sprache eurer Väter und werdet Mütter der Feinde des Polentums! Eure Kinder werden nämlich schon Deutsche sein und sie werden sich über die Familie der Eltern lustig machen, daß sie nicht die deutsche „Kultur“-Sprache spricht.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 51 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 4. Juli 1905:

Das Wahlkomitee des polnischen Volkes für den Bezirk Oppeln

hat an das polnische Wahlkomitee für Schlesien ein Schreiben gerichtet, welches gleichzeitig auch eine Antwort auf verschiedene Seitenangriffe sein soll.

Das Schreiben lautet:

An das geehrte polnische Wahlkomitee für Schlesien in Kattowitz.

Der Schriftführer des polnischen Wahlkomitees für Schlesien Herr Dr. J. Seyda hat an das Wahlkomitee des polnischen Volkes für den Oppelner Bezirk

am 14. d. Mts. die Anfrage gerichtet, ob und welche Schritte das Komitee getan hat, um den Herrn Pfarrer Abramski zur Unterzeichnung der ihm überhandte Deklaration zu bewegen und wie die Sache jetzt steht.

Anlässlich dieser Anfrage berief der Vorstand unseres Kreiskomitees für Samstag Abend (den 28. Juni) eine Versammlung des ganzen Komitees ein, in welcher beschlossen wurde, dem polnischen Wahlkomitee für Schlesien folgende Antwort zu erteilen:

Das Oppelner Kreiskomitee stellt auf Grund der mit dem polnischen Wahlkomitee in Kattowitz lebhaft geführten Korrespondenz, dessen Briefe sich im Besitze des Kreiskomitees befinden, fest,

1. daß es in fortwährender Fühlung mit dem polnischen Wahlkomitee für Schlesien geblieben ist,

2. daß das polnische Wahlkomitee für Schlesien (P. W.-K. f. Schl.) zu einer Verständigung mit den Führern der Zentrumsparlei seine Zustimmung gegeben hatte, was aus dem ganzen Verlauf der Angelegenheit erhellt, namentlich aber aus einem Briefe des Schriftführers des P. W.-K. f. Schl., der an das Mitglied unseres Kreiskomitees Herrn Br. Koraszewski gerichtet war. In diesem Briefe, der in der zweiten Hälfte des Mai (es scheint, daß die Angabe des Datums in diesem Briefe vergessen wurde) geschrieben wurde, lesen wir unter anderem: Wenn jedoch die Angelegenheit der von Ihnen vorgeschlagenen Verständigung bis zu dieser Zeit keine Fortschritte machen sollte, müßten wir augenblicklich sowieso mit der Entscheidung zurückhalten.

Die Behauptungen eines gewissen Blattes, daß wir oder das Mitglied unseres Komitees Herr Br. Koraszewski das Provinzialkomitee gänzlich übergegangen und mit dem Zentralkomitee verhandelt hätten, sind also unberechtigt.

Gegen solche ungerechten Vorwürfe erheben wir Einspruch, und wir drücken die Hoffnung aus, daß auch das P. W.-K. f. Schl. dagegen protestieren wird.

Im weiteren Verlauf trifft uns der von dem P. W.-K. f. Schl. noch nicht berichtigte Vorwurf, daß das Mitglied unseres Kreis-Komitees, Herr Br. Koraszewski, ohne Wissen und Willen des Provinzialkomitees die Kandidatur des Pfarrers Abramski anerkannt habe.

Indes ist dem nicht so. Die Angelegenheit war nämlich zunächst in unserem Kreiskomitee besprochen worden, das sich einstimmig und ohne jeden Vorbehalt seinerseits für die Kandidatur des Pfarrers A. erklärt hatte.

Das P. W.-K. f. Schl. erteilte, als es von diesem Beschlusse Kenntnis erhielt, durch Vermittelung seines Schriftführers, des Herrn Dr. J. Seyda, am 4. 6. 1905 die Antwort, daß sich das P. W.-K. f. Schl. mit der Schließung eines Kompromisses mit der Zentrumsparlei bei der Landtagserfajwahl im Oppelner Bezirke und mit der Aufstellung der Kandidatur des Herrn Pfarrers Abramski unter der Bedingung einverstanden erkläre, daß dieser die beigefügte Erklärung annimmt und unterzeichnet.

Es läßt sich also dokumentarisch feststellen, daß sich also bis dahin die Verständigungsangelegenheit auf gutem Wege befand, daß weder unser Kreiskomitee, noch Herr Koraszewski das P. W.-K. f. Schl. terrorisierte und ohne sein Wissen etwas tat.

Es handelte sich einzig um die Erklärung, welche das P. W.-K. f. Schl. vom Pfarrer Abramski forderte. Diese Erklärung lautet in der ursprünglichen Fassung:

Hiermit erkläre ich, daß ich, falls meine Wahl als Abgeordneter in den preußischen Landtag mit Hilfe polnischer Stimmen erfolgen wird, es als eine Pflicht ansehen werde, überall und immer zum Schutze der Rechte des polnischen Volkes aufzutreten.

Pfarrer Abramski antwortete, er sei bereit die Erklärung abzugeben, in einem solchen Falle müsse er aber in ihr Rücksicht auf die Partei nehmen, in die

er gewählt werden solle und auf die Zentrumswähler, die gemeinsam mit den polnischen Wählern zu seiner Wahl beitragen sollen. Demnach sollte die Erklärung des Pfarrers Abramski lauten:

Hiermit erkläre ich, daß ich im Falle meiner Wahl in den preussischen Landtag als Mitglied der Zentrumsfraktion stets den Wahlspruch „für Wahrheit, Freiheit, Recht“ trenn bleiben, und stets auch die berechtigten Interessen meiner polnischen Wähler und des polnischen Volkes verteidigen werde.

Hier war ein Meinungsunterschied zwischen dem polnischen Wahlkomitee und Oppelner Kreiskomitee vorhanden. Letzteres erachtete den Standpunkt des Pfarrers A. für völlig berechtigt und gerechtfertigt und hielt dafür, daß man auf Grund einer Erklärung, wie sie Pfarrer A. abgeben wollte, die Polen eben so gut verteidigen kann, wie dies die großen und der Anerkennung des polnischen Volkes sich erfreuenden Führer der Zentrumspartei, insbesondere der verstorbene Windhorst, taten.

Dagegen war das P. W.-K. f. Schl. mit der Erklärung, die Pfarrer A. unterzeichnen wollte, nicht einverstanden, sondern es verlangte die ursprüngliche Erklärung.

Als Antwort auf diese Forderung richtete das Oppelner Kreiskomitee am 6. Juni 1905 l. J. an das P. W.-K. f. Schl. folgendes Schreiben:

Das polnische Kreiskomitee für den Oppelner Bezirk beschloß in einer am 8. Juni abgehaltenen Versammlung einstimmig, dem P. W.-K. f. Schl. gegenüber den Wunsch auszudrücken, dieses möge von der Forderung irgend einer Erklärung seitens des Herrn Pfarrers Abramski Abstand nehmen, weil

1. das polnische Kreiskomitee vollkommenes Vertrauen zu Pfarrer Abramski besitzt in anbetracht seiner bisherigen Tätigkeit in Oppeln und insbesondere seines völlig korrekten Standpunkts bei den Kompromiß-Unterhandlungen, sowie in anbetracht seines tatkräftigen Auftretens im Zentrumskomitee hinsichtlich der Gegner eines Kompromisses mit der polnischen Partei und hinsichtlich der Anhänger einer Verständigung mit den deutschen Mischparteien;

2. weil deutsche Blätter bereits eine Abneigung gegen ein Kompromiß mit den polnischen Wahlbehörden kundgaben, und weil die Folge hiervon sicherlich ernste Konflikte im Wahlbezirk sein würden.

Wenn also Pfarrer A. angesichts der schon gespannten Situation noch irgendwelchen Schwierigkeiten seitens der polnischen Wahlbehörden begegnen würde, dürfte er es fertig bringen, ganz zurückzutreten, in einem solchen Falle würde aber den heißen Wünschen der deutschen Mischparteien Genüge geschehen, die durchaus einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen und die polnische Partei zur Minderheit herabdrücken wollen.

Dieses Gesuch beantwortete Herr Dr. Seyda im Namen des P. W.-K. f. Schl. mit einem Schreiben an den Redakteur der Gazeta Dpolska, Herrn Koraszewski, in welchem „der Hoffnung Ausdruck verliehen wird,“ daß Herr Koraszewski sich Mühe geben wird, den Herrn Pfarrer Abramski zur Unterzeichnung der Erklärung“ und zwar der zweiten Erklärung zu bestimmen, mit welcher sich das P. W.-K. f. Schl. ursprünglich nicht begnügen wollte.

Pfarrer A. antwortete, er werde die Erklärung unterzeichnen, jedoch jetzt nur noch auf den Wunsch des polnischen Kreiskomitees.

Dieses auf Mittwoch, den 28. Juni einberufene Komitee beschloß wiederum einstimmig, gar keine Erklärung zu fordern; denn wenn das Kreiskomitee irgendwelche Zweifel hinsichtlich der Kandidatur des Pfarrers A. hegte, so würde es sich für diese Kandidatur nicht einstimmig erklären; wenn Zweifel bestehen würden, so würde auch eine Erklärung nicht viel nützen.

Das Kreiskomitee hegt jedoch im Gegenteil nicht nur keine Zweifel, sondern es zollt Herrn Pfarrer A. volle Anerkennung dafür, daß er allein (nach unserer Kenntnis) auf Seite des Zentrums im Oppelner Kreise die Sache der Verständigung tatkräftig in die Hand genommen und der polnischen Bevölkerung zu für sie günstigen Unterhandlungen und zur Anerkennung der nationalen Sonderstellung verholfen hat.

Dafür gebührt Herrn Pfarrer A. volles Vertrauen seitens des Oppelner Kreiskomitees, wie seitens aller Wähler und der polnischen Bevölkerung, so daß das Kreiskomitee jede Erklärung für überflüssig erachtet.

Das Kreiskomitee hat ferner festgestellt, wie es gerade in diesem Falle bei der Ersatzwahl in den Landtag gut geschehen ist, daß eine Verständigung auf der gegenwärtigen Grundlage zustande gekommen ist, wo die Gegner des polnischen Volkes in ihren Blättern heftig und mit unerhörter Wut über das polnische Volk, über den Herrn Pfarrer A. sowie über die Gazeta Dpolska herfielen.

Die Gegner, die ebenfalls öffentlich durch die Oppelner Nachrichten eine Erklärung vom Pfarrer A. forderten, diese aber nicht erhielten, würden sich ungemein freuen, wenn die Verständigung mit der polnischen Bevölkerung aus irgend einem Anlaß in die Brüche gehen würde. Dies wird unser Kreiskomitee von seiner Seite nicht zulassen, und es hofft, dafür die Anerkennung des P. W.-K. f. Schl. zu gewinnen.

In der Mittwochssitzung unseres Kreiskomitees erörterten wir auch den von einer gewissen Seite gegen uns erhobenen Vorwurf, daß wir den Zentrumsleuten schmeichelten. Dieser Vorwurf ist völlig unberechtigt und einfältig. Wir handelten von unserem Standpunkt aus, ebenso wie dies die Regierungsparteiler mit den ihnen verbündeten Parteien von ihrem Standpunkt aus taten. Sie haben gleich uns 200 Wahlmänner, und demnach waren und sind sie bereit, einen Abgeordneten ins Zentrum zu wählen, wenn dieser nur nach ihrem Sinne wäre. Sie wissen es, daß sie zusammen mit den 100 Wahlmännern des Zentrums das polnische Volk schlagen würden, wie dies bei der letzten Landtagswahl der Fall war. Es kümmert sie nichts, daß sie in die Zentrumspartei wählen sollen, wenn nur der katholische Kandidat ihnen bequem wäre, und nicht dem polnischen Volke. Wir glauben, gut getan zu haben, wenn wir uns ebenfalls von der gleichen politischen Klugheit leiten ließen. Als wir in dem Pfarrer A. einen Kandidaten gefunden hatten, der dem Volke genehm und zur einer Verständigung mit der polnischen Bevölkerung bereit ist, gewannen wir über den „Mischmasch“ die Oberhand, und darin liegt ein großer Gewinn bei der gegenwärtigen Ersatzwahl, die, was wir ebenfalls besonders berücksichtigten, eine Landtagswahl ist, welche sich hinsichtlich der Stimmenzahl leicht berechnen läßt, und nicht Reichstagswahl.

Zum Schluß muß noch bemerkt werden, daß die Herren Delegierten des P. W.-K. f. Schl., als sie hier waren, von Herrn Koraszewski in Gegenwart des Vorstands unseres Kreiskomitees gefordert hatten, er möge dem Herrn Pfarrer Abr. eröffnen, daß er im Einvernehmen mit den Wahlbehörden handle, und dann werde die ganze Aktion in Ordnung sein. Herr Koraszewski begab sich am folgenden Tage zu Herrn Pfarrer A. und teilte ihm dies mit. Pfarrer A. nahm von dieser Erklärung ohne Einspruch Kenntnis. Die Herren Delegierten, die noch während ihres Aufenthalts in Oppeln davon benachrichtigt wurden, waren damit zufrieden und erklärten, daß die Wahlaktion vorschriftsmäßig vonstatten gehe.

Unser Kreiskomitee hat beschlossen, obigen Bericht von der Mittwochssitzung in seinem ganzen Umfang dem P. W.-K. f. Schl. schriftlich vorzulegen und gleichzeitig

zu bemerken, daß es nach der Richtung hin, eine für das polnische Volk günstige Wahlaktion durchzuführen, alles getan hat, was von seinem Gesichtspunkt aus möglich und notwendig war, und angesichts dessen ist und bleibt es unbedingt seine Pflicht, die Kandidatur des Pfarrers Abt. entschieden aufrecht zu erhalten.

Das Kreiskomitee zweifelt nicht, daß das P. W. K. f. Schl., wenn es die Sache genau geprüft hat, dem Kreiskomitee unbedingt recht geben wird.

Wir haben auch die Absicht, diesen Bericht zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, weil wir von einem, wenn auch unerheblichem Teil der Presse öffentlich angegriffen wurden, und gegen ein derartiges Vorgehen müssen wir uns wehren.

Oppeln, den 28. Juni 1905.

Das Wahlkomitee des polnischen Volkes für den Bezirk Oppeln.

L. Baron, St. Spychalski,
Voritzender. Schriftführer.

Aus Nr. 28 des Polak (Kattowitz)

vom 29. Juni 1905:

Wie die Sozialdemokraten lügen,

dafür ist ein Beweis ihre gemeine Verleumdung, die sie in der Gazeta Robotnicza gegen Herrn Korfanty schleuderten, daß er angeblich die Leute in seiner Druckerei schlecht behandle. Herr Korfanty ließ selbst eine Kommission des Buchdruckerverbandes kommen und ersuchte sie, die in seiner Druckerei herrschenden Zustände sofort einer Prüfung zu unterziehen. Diese Herren erschienen am Sonnabend in der Druckerei des Polak, untersuchten die Zustände und faßten ein Protokoll ab, welches wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis bringen. Das Protokoll lautet:

„Wir Unterzeichneten begaben uns heut zwecks Vollziehung des uns in der Versammlung des Ortsverbandes der Buchdrucker am 17. Juni d. J. erteilten Auftrages in die Druckerei des Polak (W. Korfanty). Nach Vernehmung des Druckereibesizers und des bei ihm beschäftigten Personals stellen wir was folgt fest:

Als Herr Korfanty seine Druckerei einrichtete, stellte er den bei ihm beschäftigten Sezern anheim, sich die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, wie es der Lohn tariff der deutschen Buchdrucker verlangt.

Die Arbeitszeit in der Druckerei des Herrn Korfanty beträgt täglich 9 Stunden und der Arbeitslohn ist so, wie ihn der Tarif vorschreibt. Die Krankenkassen- und Versicherungsbeiträge zahlt Herr Korfanty ganz.

In der Druckerei werden drei Sezer, ein Sezerlehrling und ein Druckerlehrling beschäftigt.

Ferner haben wir festgestellt, daß die Behandlung der Sezer nichts zu wünschen übrig läßt und daß die Worte: „In meinem Geschäft gebiete ich und nicht der Buchdruckerverband“, aus dem Munde des Herrn Korfanty überhaupt nicht gefallen sind.

Übertretungen des Tariffs, die in der letzten Versammlung des Ortsverbandes der Buchdrucker besprochen wurden, haben nach unserer Feststellung ausschließlich in der Druckerei des Polak beschäftigte Mitglieder unserer Organisation verschuldet.

Kattowitz, den 24. Juni 1905.

Adolf Schöfer. Eduard Eckert.“

Was sagt hierzu die Gazeta Robotnicza? Wir wissen es wohl, daß sie weiter lügen, daß sie das von der Kommission des Buchdruckerverbandes aufgenommene Protokoll nicht veröffentlichen, sondern Herrn Korfanty verunglimpfen wird, denn Lüge und Verleumdung sind die einzigen Mittel, mit denen sie kämpft.

Am meisten wundern wir uns, daß ein Blatt, wie der Dziennik Poznański, so geistlich jede Verleumdung der Sozialdemokratie wiederholt, obgleich heutzutage jedermann weiß, daß man mit den Sozialdemokraten stets vorsichtig sein müsse. Der Dziennik Poznański findet an dem Verkehr mit den Genossen Gefallen, wenn es sich um ihm unangenehme Leute handelt.

Die Gazeta Katolicka aber täte besser, wenn sie in ihrer eigenen Druckerei zunächst selbst den Lohn tariff anerkennen würde, bevor sie es wagt, sozialdemokratische Verleumdungen zu wiederholen. Allein man kann schwerlich von ihr Ehrlichkeit verlangen, wenn ihr Chefredakteur durch Taten bestätigt hat, daß er von Redlichkeit keinen Begriff hat.

Aus Nr. 75 des Katolik (Beuthen D.-S.)

vom 29. Juni 1905:

Bilanz für das Jahr 1904.

A k t i v a			P a s s i v a		
	M.	Pf.		M.	Pf.
Für die Mitglieder ausgelegte Kosten	782	30	Geschäftsanteile		190 023 70
Aktien	5 400	—	Reservefonds	106 827	25
Darlehen auf Wechsel	4 659 397	75	Dazu 4% vom vorjährigen Reservefonds	3 899	60
Depositen in Banken	546 715	35	Die Spezialreserve betrug	118 349	35
Immobilien	200 312	55	Davon gehen ab zur Deckung von Verlusten laut Beschluß der Generalversammlung vom 4. Mai 1905	61 432	35
Kassenbestand	50 158	45	verbleibt	56 917	—
			Dazu kommen 4% von der vorjährigen Spezialreserve	3 994	—
			Spareinlagen	4 967 449	60
			Zugeschriebene Zinsen	119 194	65
			Baugebäude	—	613 —
			Reingewinn zur Disposition	—	—
			Der Generalversammlung	—	69 548 60
zusammen	5 518 417	40	zusammen		5 518 407 40

Die Mitgliederzahl.

Bei der vorjährigen Bilanz ist veröffentlicht worden, daß auf das Jahr 1904 — 1026 Mitglieder übergehen, weil aber im Jahre 1903 2 Mitglieder mehr gestorben waren als bei der vorjährigen Bilanz angegeben ist, (was erst später zur Kenntnis gelangt ist), so waren am 1. 1. 1904 nur 1 024 Mitglieder vorhanden.

Im Jahre 1904 sind zugetreten 226
zusammen 1 250

Im Jahre 1904 sind
15 gestorben } Der Gesamt-
51 ausgetreten } abgang
51 ausgeschlossen } betrug. 117

Auf das Jahr 1905 gehen über. 1 133 Mitglieder.

Beuthen D.-S., den 28. Juni 1905.

Bank ludowy — Volksbank
eingetr. Genossenschaft mit unbeschr. Haftpflicht.
Dr. Skowronski. Reg. l. aff.

Aus Nr. 75 des Katolik (Beuthen D.-S.)
vom 29. Juni 1905:

Siebenter Jahresbericht
über die Tätigkeit der Bank ludowy —
Volksbank, e. G. m. unb. H. in Kattowitz.
Bilanz für das Jahr 1904.

Aktiva.	Passiva.
	Reservefonds 44 148,12
	Spezialreserve 12 126,54
	Geschäftsanteile 50 007,36
	Epareinlagen 1 857 486,84
8 334,01	Banken
20 000,—	Aktien
680,67	Für Mitglieder ausgelegte und andere Kosten . . .
1 833 820,15	Wechsel, darunter Dubiose Wechsel 5713,75 . . .
97 696,45	Immobilien
20 172,14	Kassenbestand
	Dubiosa 5 713,75
	Reingewinn 11 220,81
1 980 703,42	1 980 703,42

Mitgliederzahl.

Mitglieder traten über auf das Jahr 1904 . . . 659
Neu eingetreten im Jahre 1904. 205

864

Im Jahre 1904 gestorben 8 }
ausgetreten 32 } 49
ausgeschlossen 9 }

Auf das Jahr 1905 treten über . . . 815

Kattowitz, den 31. Dezember 1904.

Bank ludowy — Volksbank,
e. G. m. unb. H.
M. Szyperski. Dr. jur. Hylla.
Em. Pietruszka.

Aus Nr. 150 des Górnoślazak (Kattowitz)
vom 5. Juli 1905:

Rybnik.

Vor ungefähr 1½ Jahren wurde hier mit großen
Mühen ein polnischer Konsumverein gegründet, um

dem Volke aus der Umgegend den Einkauf guter
Ware zu erleichtern. Wie bekannt, erfreute sich der
Konsum eines ziemlich guten Fortganges, und er ent-
wickelte sich in zufriedenstellender Weise. Diese Institution
war natürlich verschiedenen hiesigen Personen ein Dorn
im Auge, welche keine Gelegenheit vorübergehen ließen,
um dieses Unternehmen, welches sich gut zu entwickeln
versprach, zu verleumden. Sie haben den Leuten
Furcht eingebläht, um sie nur von dem Beitritt zum
Konsum abzuhalten. Und es ist ihnen auch gelungen,
verschiedene kleinnütige Personen abzuschrecken. Sie
haben nicht ganz schön gehandelt, doch angesichts des
persönlichen „Geizzeits“ kommt vieles vor. Aus
Anlaß dieser fortwährenden Verleumdungen erklären
wir also, daß der Rybniker Konsum auf den allerbesten
Grundlagen steht und versichern, daß dort niemand
etwas einbüßen wird, wenn alle einig dieses Unter-
nehmen unterstützen werden. Je mehr Mitglieder der
Rybniker Konsum zählen wird, um so besser und
günstiger wird er sich entwickeln. Wenn sich alle
zurückziehen sollten, würde sicherlich auch der Konsum
bestehen können. Sollte aber jemand durchaus dem
Konsum nicht angehören wollen, so muß er dies
zunächst dem Verbands mitteilen, und dann abwarten,
bis sein Austritt gerichtlich bestätigt wird, weil jedes
Mitglied des Konsumvereins gerichtlich eingetragen ist.
Soviel zur einfachen Information der Mitglieder.

Der Konsum hat in der letzten Zeit sehr viel
neue und gute Ware erworben, es würde also sehr
gut sein, wenn die Mitglieder recht zahlreiche Abnehmer
für den Konsum gewinnen würden, denn je größer
der Umsatz sein wird, desto größer wird auch der
Gewinn sein. Also vorwärts zur rührigen Agitation
für den Rybniker Konsumverein!

Aus Nr. 144 des Górnoślazak (Kattowitz)
vom 27. Juni 1905:

Szymrowice.

Von einem dortigen Leser unseres Blattes erhalten
wir eine Korrespondenz, welche, wenn sie tatsächlich
der Wahrheit entspricht (der Korrespondent und andere
Augenzeugen erklären sich bereit ihre Aussagen zu
wiederholen und zu beschwören), von der gerühmten
deutschen Kultur und Zivilisation nicht sehr günstig
zeugt, vielmehr an den Übermut der Kosaken erinnert.

Am verflossenen Sonntag machten nämlich einige
jungen Leuten einen Spaziergang nach Radef, und da
dort ein Ball stattfand, so ist es nichts wunderbares,
daß sie dort etwas länger verweilten. Alles ging
ziemlich ruhig und lustig zu und das ganze Vergnügen
würde sehr schön verlaufen sein, wenn nicht zum
Schlusse der Ortsgendarm im Lokale erschienen wäre.

Sobald der Gastwirt um die bestimmte Stunde
das Vergnügen beenden ließ, soll der Gendarm die
Gäste zur Tür hinaus gestoßen haben. Hier standen
nun, wie dies gewöhnlich nach einem Vergnügen
geschieht, die Leute versammelt und unterhielten sich
über das Vergnügen; der Gendarm forderte nun die
Gäste auf sofort auseinanderzugehen. Da diese der
Aufforderung nicht sofort nachkamen, soll er den Säbel
gezogen und mit der flachen Klinge sowohl auf die
Männer als auch auf die Frauen eingeschlagen haben.
Wer weiß, was aus dieser ganzen Affäre noch ge-
worden wäre, wenn der Gendarm nicht einen Jüngling
mit dem Säbel geschlagen hätte, welcher nach dem
Säbel des Gendarmen griff und sich nicht weiter
schlagen ließ. Dies erbitterte den Gendarmen in einem
solch hohen Maße, daß er jenen dreisten Jüngling
sogar verhaftete.

So schildert unser Korrespondent den Vorfall. Es dürfte anzunehmen sein, daß eine Untersuchung eingeleitet werden wird, welche die ganze Sache gehörig aufklären wird; angesichts dessen enthalten wir uns heute jeglicher Bemerkungen.

Aus Nr. 150 des Gornoslazak (Stattowitz)
vom 5. Juli 1905:

S z e m r o w i c e.

In der Korrespondenz aus Szmrowice, welche den Vorfall zwischen dem dortigen Gendarm und einigen jungen Leuten bespricht, ist ein kleiner geographischer Irrtum unterlaufen. Jenes Dörfchen, in welchem sich die Affäre abspielte, heißt nicht Nadeb, sondern Frei-Nadeb. Der Korrespondent teilt uns ferner mit, daß in dieser Sache eine Untersuchung bereits schwebt; wir werden nicht verfehlen, den Ausgang der Untersuchung zur Kenntnis unserer Leser zu bringen.

Aus Nr. 77 des Katolik (Beuthen D.-S.)
vom 4. Juli 1905:

B i l z b. Neustadt D.-S.

Am 30. Juni verläßt uns der von uns viel geehrte Lehrer Herr Strzoda, aus Biedrzychowica bei Ober-Glogau gebürtig.

Nach 31 jähriger Dienstzeit als erster Lehrer und Organist unserer Parochie tritt er in den Ruhestand über. Wir bedauern es sehr, weil wir in ihm einen musterhaften Lehrer verlieren, welcher kein Streber war wie viele andere, und einen tüchtigen Organisten, welcher uns so viele Jahre hindurch in der Kirche schön gespielt und gesungen hat. Er konnte viele unserer herrlichen polnischen Lieder und machte von ihnen Gebrauch. Daher hat er auch, ob des Sonntags oder des Wochentags stets etwas anderes gespielt und gesungen, besonders aber die schönen Lieder an das heilige Herz Jesu, die Mutter Gottes und von der Segenserteilung.

Es würde uns sehr leid tun, wenn wir als Nachfolger einen solchen erhalten würden, der uns deutsch vorsingen würde, wie dies schon in vielen polnischen Parochien geschieht. Mit Bedauern nehmen wir von Herrn Strzoda Abschied, danken ihm für seine Mühen und wünschen ihm die beste Gesundheit und langes Leben.

Aus dem Innern und Westen Deutschlands.

Aus Nr. 144 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 27. Juni 1905:

Änderungen in unserer höchsten Wahlbehörde.

Am vergangenen Sonntag fand im Hotel „Germania“ in Gelsenkirchen eine überaus wichtige Sitzung des Hauptwahlkomitees für Westfalen, das Rheinland und die benachbarten Provinzen statt.

Die Einberufung der Versammlung erfolgte durch persönliche Einladungen und es hatten sich, wie anfangs festgestellt wurde, so viele Mitglieder zu derselben eingefunden, wie dies seit zwei Jahren noch nie der Fall war.

Zum ersten Vorsitzenden des Hauptkomitees wurde Herr A. Wojczynski gewählt, welcher schon früher dieses Amt mehrere Jahre hindurch bekleidet hatte und infolge Krankheit zurückgetreten war; zum stellvertretenden Schriftführer wählte man Herrn Johann Wilkowski.

Es wurde auch beschlossen, in allernächster Zeit eine Generalversammlung der Wähler zwecks Änderung des das Schriftführeramt betreffenden Paragraphen einzuberufen; gleichzeitig wurde eine Kommission gewählt, welche das Reglement zu revidieren hat. Die Änderung ist notwendig geworden, weil der Wiarus Polski von dem ihm in dem Reglement zuerkannten Rechte keinen Gebrauch mehr machen will.

Fernerhin beschloß man nach längerer Diskussion, dem Herrn Thomas Kubiak aus Styrum das Amt eines Delegierten für das polnische Zentralwahlkomitee Deutschlands abzunehmen, an seiner Stelle wurde Herr Johann Wilkowski gewählt.

Zum Schlusse wurden — und zwar infolge der sonderbaren Ansicht, welche Herr Th. Kubiak in der vorigen Versammlung in Essen geäußert hatte — noch einmal die Rassenangelegenheiten untersucht, wie sie sich seit der Zeit der Versammlung vom 2. Februar d. J. darstellen. Nachdem durch Dokumente und Zeugen bewiesen worden war, daß die Meinung des Herrn Kubiak unwahr und völlig grundlos ist, wurde das Auftreten Kubiaks in einer längeren Resolution verurteilt.

Herr Kubiak hat trotz der an ihn ergangenen persönlichen Einladung und trotzdem er, wie alle anderen Mitglieder, über den Gegenstand der Verhandlungen in Kenntnis gesetzt worden war, die Versammlung nicht besucht, er hat sein Fernbleiben auch nicht entschuldigt.

Herr Merczynski hat sich telegraphisch entschuldigt, mündlich dagegen noch einige andere Mitglieder.

Aus Nr. 147 des Dziennik Polski (Dortmund)
vom 1. Juli 1905:

Interessante Vorkommnisse im Hauptkomitee.

Am verflossenen Sonntag fand in Gelsenkirchen eine Versammlung des polnischen Hauptwahlkomitees statt. Die Einladungen wurden mit Umgehung der Presse im letzten Augenblick, d. i. einen Tag vor der Versammlung abgesandt. Deshalb die Sache so geheim behandelt wurde, erklären einigermaßen die Worte des Herrn Johann Wilkowski, der heute der Hauptverteidiger des Komitees ist. Nach dem Bericht des Wiarus hat Herr Wilkowski gesagt:

Wir müssen gegenwärtig überall mit der Kritik rechnen, im Emigrantentum wie im Heimatlande. Daher wurde eine geheime Versammlung einberufen, um sich dieser Kritik zu entziehen; die Polizei war natürlich durch das Komitee vorschriftsmäßig in Kenntnis gesetzt.

Auf der Tagesordnung standen zwei Punkte:

1. Wahl des Vorsitzenden und des Schriftführers des Komitees,
2. erneute Prüfung und endgültige Aufklärung der Rassenangelegenheiten.

Die Tagesordnung wurde jedoch noch in der Versammlung selbst geändert und der nachstehende Punkt hinzugefügt:

Antrag des Herrn Johann Wilkowski, dem Herrn Thomas Kubiak das Mandat für das Zentralwahlkomitee zu entziehen.

Die Wahl des Vorsitzenden und des Schriftführers des Komitees wurde in der Weise erledigt, daß Herr Apolinarius Wojczynski aus

Gelsenkirchen als Vorsitzender gewählt wurde und bezüglich der Wahl des Schriftführers wurde beschlossen, eine General-Wählerversammlung einzuberufen zwecks Änderung des betreffenden Paragraphen des Wahlreglements, denn bekanntlich haben sich die Herren Brejski's dieses Amt durch einen Paragraphen im Reglement gesichert.

Herr Wilkowsky stellte den Antrag, daß diese Sache eine besondere Kommission vorbereiten solle, in welche auch nur Anhänger der Wiarus-Partei eintreten und zwar die Herren A. Kranc aus Gelsenkirchen, Johann und Bartholomäus Wilkowsky, St. Kunz aus Bochum, Fr. Janowski aus Bruch, Josef Fabrowsky aus Herten, A. Wojczynski aus Gelsenkirchen, St. Krzyzanski aus Oberhausen und St. Nowicki aus Recklinghausen. Wir erklären, daß eine solche Zusammenstellung der Kommission einseitig ist und wenn die Wiarus-Partei glaubt, daß sie der nationalen Sache in der Weise dienen wird, daß sie unabhängige Leute von der öffentlichen Tätigkeit fernhält, so irrt sie sich. Diese Wahl befriedigt nicht die Anhänger des Dziennik Polski und mögen die Herren des Wiarus nicht glauben, daß sie uns ignorieren dürfen. Anstatt zur Einigkeit und zur gemeinschaftlichen Arbeit für das nationale Wohl zu streben, stellen diese Herren zur größten Freude der Deutschen eine immer tiefere Scheidewand zwischen den Landsleuten her, die nationale Kollektivarbeit aber zersplittern sie, um nur die Herrschaft zu behalten. Wir verurteilen dies und fordern die in Parteilichkeit verstockten Polen auf, sich zu besinnen, denn durch ein solch ungerechtes Verhalten den eigenen Brüdern gegenüber schaden sie der polnischen Volksgesamtheit.

Die allerschärfste Kritik verdient schon der Staatsstreich,

der durch den Antrag des Herrn Johann Wilkowsky ausgeführt wurde, um Herrn Thomas Rubiak aus Styrum das Mandat in das Zentral-Wahlkomitee in Posen zu entziehen. Herr Rubiak erdreistete sich nämlich, Herrn Brejski zu kritisieren und bekannte seinerzeit in einer Versammlung öffentlich, daß er den Dziennik Polski ungerechter Weise das Polentum abgesprochen habe. Später gewann er die Überzeugung, daß unser Blatt ein durch und durch nationales und kein Zentrumsblatt sei, für das es der Wiarus in seinem Privatinteresse ansehen ließ. Herr Rubiak gestand als ehrlicher Mensch seinen Irrtum ein und machte das uns zugefügte Unrecht wieder gut, wofür er sich die Achtung der Gesamtheit erworben hat, denn nur Leute mit festem Charakter haben den Mut, Fehler wieder gut zu machen. Durch sein Verhalten hat er sich aber die Ungnade der Wiarusanhänger zugezogen.

Der Agent des Wiarus und Mitglied des Hauptkomitees, Herr Stanislaus Kunz aus Bochum, hat vor einigen Monaten Herrn Rubiak in die Augen gesagt, er sei ein „Verrückter“. — Diesen Ausspruch hat Kunz deshalb getan, weil Herr Rubiak den Dziennik gerecht beurteilte. Gerade diesen Herrn Rubiak beschloß man unter allen Umständen aus der Wahlorganisation hinauszuerwerfen, weil er ein „wankelmütiger“ Mensch ist, wie ihn Herr Johann Wilkowsky nannte. Er wäre kein „wankelmütiger“ Mensch, wenn er bei seinem Widerstande beharren, wie andere Anhänger des Wiarus, und den Dziennik bekämpfen würde, wie diese ihn bekämpfen.

Als Grund für die Notwendigkeit der Beseitigung des Herrn Rubiak führte Herr Johann Wilkowsky sein Auftreten in der Vorwählerversammlung in Essen an. Über dieses Auftreten schreibt der Wiarus in Nr. 140 vom 21. Juni wörtlich:

„Die Versammelten begrüßten Herrn Valentin Nowak aus Alteneffen und übergaben Herrn Thomas

Rubiak aus Styrum den Vorsitz, welcher in seiner Ansprache den Versammelten anheimstellte, zu erwägen, ob es mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Schulden des Hauptwahlkomitees für Westfalen und die Rheinprovinz und die Nachbarprovinzen, als auch mit Rücksicht auf die Kosten, welche die Neuwahlen erfordern, nicht besser wäre, sich diesmal von der Stimmabgabe zu enthalten.“

Am Schlusse der allgemeinen Diskussion setzte Herr Rubiak auseinander, daß er auf die materielle Wahlangelegenheit Nachdruck gelegt habe, um die Versammelten zu bewegen, möglichst große Fonds zu sammeln.

So schreibt der Wiarus und wir haben keinen Grund, ihm nicht zu glauben. Um die Situation besser verstehen zu können, wollen wir uns an die Erwiderung des Agenten der Herren Brejski's, Herrn Stanislaus Kunz aus Bochum erinnern, welcher in derselben Versammlung wiederholt dafür eintrat, eine Kandidatur in der Versammlung des Komitees nicht zu beschließen, weil hierzu der Ort nicht geeignet wäre. Er empfahl vielmehr die Zeit abzuwarten und den Wunsch des Volkes zu hören, damit die in der Heimat erscheinenden Blätter nicht wiederum den Wahlorganisationen im Emigrantentum den Vorwurf machen, daß sie eigenmächtig gehandelt und ihren Willen dem Volke aufgedrungen hätten. Als Beispiel der maßvollen und vorsichtigen Politik stellte der Redner seine eigene Person hin, wie er in der Wählerversammlung des Wahlkreises Mülheim-Duisburg 1½ Stunden gesprochen und obgleich über ihn gescholten worden sei, er seine Meinung keineswegs deutlich ausgesprochen und auch keine Kandidatur empfohlen habe. Also einem Wiarusanhänger ist es gestattet, solche Häresien zu äußern, daß er 1½ Stunden hindurch in einer Vorwählerversammlung gesprochen und dennoch seine Meinung nicht deutlich ausgesprochen habe. Und die Quintessenz der Schlaueit des Wiarus und seiner Zöglinge ist die, daß sie so sprechen, damit man sie nicht versteht.

Wenn man das Auftreten des Herrn Rubiak mit der Ansprache des Herrn Kunz vergleicht, so fällt vor allen Dingen das auf, daß Herr Rubiak mit einem greifbaren Vorschlage hervortrat, sich der Wahl zu enthalten, wogegen Herr Kunz die elastische Politik der Herren Brejski's empfahl: keine Grundsätze auszusprechen, sondern sich nach der gegenwärtigen Stimmung der Mehrheit zu richten.

Der Dziennik Polski riet schon vor der Versammlung in Essen zur Aufstellung eines nationalen Kandidaten und als dies daraufhin geschehen ist, unterstützte er augenblicklich mit ganzer Energie eine polnische Kandidatur. Es wird uns wohl niemand dessen beschuldigen, daß wir uns mit der Ansicht des Herrn Rubiak einverstanden erklären. In seinem Auftreten sehen wir jedoch keinen Grund, ihm das Vertrauen und das Amt eines Delegierten zu entziehen, denn Herr Rubiak hat durch nichts bewiesen, daß er den Beschlüssen der Mehrheit aus dem Wege gehe; daß er aber ein echter Pole ist und schon vieles für die polnische Sache geopfert hat, davon sind alle unterrichtet, die ihn näher kennen, das wissen Herr Wilkowsky, die Herren Brejski's und alle Anhänger des Wiarus.

Immerhin haben die Anhänger des Wiarus erkannt, daß sie Herrn Rubiak in ihrer Mitte nicht behalten können und haben ihm das Mandat in das Zentral-Wahlkomitee in Posen entzogen und an seine Stelle als Delegierten den Antragsteller selbst, d. i. Herrn Johann Wilkowsky gewählt.

Einen interessanten Verlauf hatten die Verhandlungen bei dem letzten Punkte der Tagesordnung, d. i. in der Kassenangelegenheit. Es wurde beschlossen, Herrn Thomas Kubiak, den früheren Vorsitzenden, ferner Herrn Antoni Brejski als früheren Schriftführer, Herrn Peter Sztela als Kassierer, sowie die Mitglieder der Revisionskommission Herren Johann Kolenda, St. Krzyżanski, Bartholomäus Wilkowski und Apolinarius Wojczynski zu hören. In der Generalversammlung in Essen erklärte nämlich Herr Kubiak, daß er Herrn Brejski nicht verteidigen könnte, weil in der Wahlkasse tatsächlich Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren, das Mitglied der Revisionskommission, Herr Kolenda, bemerkte aber in der Diskussion, daß die Kassenbücher sich nicht in gehöriger Ordnung befunden hätten und eigentlich garnicht vorhanden gewesen seien. Zu der Revision brachte Herr Sztela ein Notizbüchlein mit, in welcher er die einzelnen Positionen eingetragen hatte.

Unglücklich war der Einfall der Leiter des Komitees, um den erneuten Streit in der Kassenangelegenheit in der Plenarsitzung des Haupt-Wahlkomitees „endgültig aufzuklären.“ Eher würden sie zum Ziele gelangt sein, wenn sie die Aufklärung dieser Angelegenheit einer besonderen Kommission übertragen hätten, die sich aus Mitgliedern zusammengesetzt hätte, welche nicht dem Komitee angehörten. Hiergegen lehnten sich i. Z. die Redakteure des Wiarus auf und redeten den Teilnehmern der Versammlung ein, daß sich die Revisionskommission das Komitee selbst wähle — und soweit möglich nur aus Mitgliedern des Komitees.

Als diese Kommission in einer stürmischen Versammlung in Essen gewählt wurde, machte man die intellektuellen Leiter des Komitees darauf aufmerksam, daß die Kommission die Hauptwählerversammlung wählen müßte, besonders, da in dem Komitee selbst eine Uneinigkeit wegen der Kassenangelegenheit geherrscht habe. Es wurde jedoch darauf kein Gewicht gelegt und heute ist die Lage eine kritische.

Wir hofften, daß sie am Sonntag die Beteiligten anhören und ihre Aussage protokollarisch als Dokument niederschreiben werden, indes geschah etwas ganz anderes.

Der Vorsitzende, Herr Kranc, hatte in dieser Angelegenheit, anstatt mit dem Verhör so zu beginnen, wie es in dem Einladungsschreiben an die Mitglieder angesetzt war, eine freie Diskussion eröffnet. Die Beweisaufnahme leitete Herr Kranc mit der Erklärung ein, daß es für alle (?) außer dem Herrn Kubiak klare Sache sei (?), daß Herr A. Brejski weder am 2. Februar noch in den folgenden Sitzungen den Kassenbericht, sondern einen Bericht über die Absendung der Gelder zu Wahlzwecken erstattet hat.

Nach einem solchen Vorpielschen ergriffen in dieser Angelegenheit nicht maßgebende Leute, wie die Herren Dombrowski, Kunz, Kranc, Johann Wilkowski das Wort. In der Tagesordnung wurde nämlich ausdrücklich das Verhör der Herren Kubiak, Brejski, Sztela, Kolenda, Krzyżanski, Bart. Wilkowski und Wojczynski angekündigt, einerseits weil sie an dem Streit beteiligt sind, andererseits weil sie der Revisionskommission als Mitglieder angehören.

Es geschah jedoch anders. In der Versammlung waren die Herren Kubiak und Kolenda nicht erschienen, und über das Verhör der Mitglieder der Revisionskommission teilt der Wiarus nur kurz mit:

„Die Mitglieder der Revisionskommission, die Herren Wojczynski, Krzyżanski und Bartholomäus Wilkowski bestätigten die Worte des Herrn Sztela, welcher noch das Heftchen (!) vorzeigte, um das es sich handelte.

Nach einer solchen „Prüfung“ der Sachlage, während welcher auch die Herren A. Brejski und

Sztela das Wort ergriffen, wurde festgestellt, daß alles in Ordnung ist, und eine lobende Resolution für Herrn Brejski beschlossen, welche zugleich einen Tadel für Herrn Kubiak dafür enthält, weil er behauptete, daß in der Wahlkasse tatsächlich Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren.

Auf diese Weise erledigte also das Komitee die Kassenangelegenheit, was aber die Gesamtheit hierzu sagen wird, davon werden wir erst in der angekündigten Hauptwählerversammlung erfahren.

Vom Herrn Thomas Kubiak erhalten wir in obiger Angelegenheit nachstehende Erklärung:

An die Redaktion des Dziennik Polski
in Dortmund.

Die geehrte Redaktion bitte ich um Aufnahme nachstehender Aufklärung:

In der Versammlung des Haupt- und Wahlkomitees für Westfalen und die Rheinprovinz am 25. d. Mts. in Gelsenkirchen wurde gegen mich eine große Anzahl von Beleidigungen geschleudert. Aus von mir unabhängigen Gründen konnte ich leider in der Versammlung absolut nicht erscheinen, und eine Entschuldigung habe ich nicht abgesandt, weil mich die Einladung zu der Versammlung sehr spät erreichte.

In der Kassenangelegenheit erkläre ich, daß sich der Kassenbestand am 2. Februar d. Js. nicht in Ordnung befand, und zwar deshalb, weil Herr Anton Brejski, Schriftführer des Hauptkomitees, dem Herrn Johann Wilkowski-Schonnebeck die Reise nach Posen zu Unrecht aus der Kasse des Hauptkomitees quittierte. Den Vorwurf, daß sich die Kasse nicht in Ordnung befände, habe ich deshalb erhoben, weil Herr Johann Wilkowski das Geld zu diesem Zwecke schon aus der Kasse des Verbandes des Polenbundes erhalten hatte. Wenn ich gegen das Verhalten des Herrn A. Brejski nicht protestiert hätte, hätte es bei dem Bericht des Herrn Schriftführers vom 2. Februar sein Bewenden gehabt.

Ungerechter Weise verleumdet mich also jetzt der Wiarus Polski, daß ich ohne Recht mit einer Kritik gegen Herrn Brejski hervorgetreten bin. Ich habe dem Wiarus drei Tage Bedenkzeit gelassen, diese Unwahrheit zu widerrufen; wenn er dies nicht tun sollte, werde ich genötigt sein, einen anderen Weg gegen diese Herren zu beschreiten.

Achtungsvoll

Thomas Kubiak.

Styrum, den 29. Juni 1905.

Aus Nr. 144 des Dziennik Polski (Dortmund)

vom 27. Juni 1905:

Gibt es eine andere Möglichkeit als die, daß der Pole nur für einen Polen stimmen kann?

Diese Frage hat sich uns aufgedrängt, als wir den Bericht über die Essener Vorwahlversammlung lasen. Der Redakteur des Wiarus führte aus, daß es drei Möglichkeiten gebe: 1. für einen Centrumsmann zu stimmen, 2. sich der Wahl zu enthalten, oder 3. für einen Polen zu stimmen.

Wenn tatsächlich die Möglichkeit vorliegen sollte, für einen Centrumsmann zu stimmen, so könnten wir auch ebenso gut in Erwägung ziehen, ob bei den herannahenden Ergänzungswahlen für den Reichstag im Essenschen Wahlkreise nicht auch für einen Sozialdemokraten oder Liberalen gestimmt werden könnte. Wodurch unterscheidet sich übrigens ein Centrumsmann modernen Zuschnitts von einem Kafatisten oder einem anderen Feinde unserer Nationalität? Selbst in den

Erwerbsangelegenheiten haben die Zentrums männer die polnischen Auswanderer in ihren Erwartungen getäuscht, worüber der Dziennik Polski sich eingehend bei Gelegenheit des neuen Vergesetzes geäußert hat.

Es gibt somit hinsichtlich der Bedrückung der Polen zwischen den Zentrums männern und dem Reste der neuzeitigen Kreuzritter keinen grundsätzlichen Unterschied, und es kann daher keine andere Möglichkeit für den polnischen Wähler geben, als für einen Polen zu stimmen. Wer eine andere Möglichkeit zugibt, der rät schlecht.

Weshalb sollten die Polen nur für einen Polen stimmen?

Die Gründe dafür haben wir bereits vor einigen Monaten gelegentlich der seitens der polnischen Fraktion aus Anlaß der Sohrauer Wahlen gefaßten Resolution dargetan. Wir wiederholen sie noch einmal:

1. Die Wahlen sind das beste Agitationsmittel zur Weckung des nationalen Geistes;
2. Das Stimmen für einen nichtpolnischen Kandidaten verwirrt das Volk in nationaler Hinsicht;
3. Die Wahlen geben uns Gelegenheit, unsere Kräfte zu bemessen.

Über 100 000 selbständige Polen wohnen im rheinisch-westfälischen Industriebezirke. Wenn wir hoch greifen, so liest von jenen 100 000 kaum der vierte Teil polnische Zeitungen, 75 000 nähren sich von der geistigen Speise deutscher Blätter oder sie lesen überhaupt gar keine Zeitungen. Zu ihnen dringt daher in 5 Jahren das geschriebene polnische Wort überhaupt nicht. Nur hin und wieder hören sie polnische Redner in Versammlungen. Und sollten wir jetzt die Gelegenheit außer acht lassen, ihnen zu Herzen zu reden, polnisch zu ihnen zu sprechen, ihnen durch die Wahl zeigen zu lassen, daß sie in der Tat Polen sind? Niemals! Wir müssen diese Gelegenheit ausnutzen, damit ein solch bedauernswerter Landsmann doch wenigstens einmal empfinde, daß er Pole sei, damit er doch wenigstens einmal seine nationale Pflicht erfülle, indem er seine Stimme einem Landsmann gibt.

Wir haben viele Landsleute, welche bis jetzt noch nicht verstehen, einen Polen von einem Katholiken zu unterscheiden. Wenn sie Deutsche in der Kirche sehen, dann sagen sie, daß dies auch Polen seien, aber „dajczkatoliki“.

Wenn ihnen daher jetzt die Zentrumsgeistlichen befehlen, für einen Deutschkatholiken zu stimmen, dann verstehen es viele noch nicht, daß sie ihre Stimme einem Feinde unserer Nationalität geben. Dasselbe wäre der Fall, wenn wir unserem Volke raten würden, für die Sozialdemokraten zu stimmen, trotzdem diese die erbittertsten Feinde des antipolnischen Regierungssystems sind. Das wäre für uns ein gefährliches Spiel, ein zweischneidiges Schwert, denn viele würden sich sagen: Gut, wenn uns die Zeitungen und unsere Führer raten, für einen Sozialdemokraten oder Zentrums mann zu stimmen, dann sind diese Sozialisten oder Zentrums männer keine so schlimmen Leute, wie das manchmal von ihnen gesagt wird.

So ist es jedoch nicht. Vom national-polnischen Standpunkte aus können wir zur Stärkung der Zentrums partei nicht beitragen, denn sie geht Hand in Hand mit der Regierung, welche das Polentum ausrottet; in die Reihen der Sozialdemokraten können wir unser Volk nicht treiben, denn daselbst laufen sie Gefahr, ihren Glauben und ihre Nationalität zu verlieren.

Während der letzten Reichstagswahlen im Jahre 1903 sind im Essener Kreise 35 129 Zentrumsstimmen, 22 773 sozialdemokratische, 20 819 liberale und 1 589 polnische Stimmen für Joseph Chociszewski abgegeben worden.

Es wird jeder zugeben, daß die Zahl der polnischen Stimmen angesichts des hohen Prozentsatzes der in diesem Kreise vorhandenen polnischen Bevölkerung eine überaus kleine war. Auf 89 414 Wahlberechtigte hätte zum mindesten der zehnte Teil der Stimmen für den polnischen Kandidaten abgegeben werden müssen.

Die Ursache der geringen Beteiligung der Polen bei der Wahl soll die verspätete Losung, einen Landsmann zu wählen, gewesen sein.

Diesmal haben sich die Polen zeitiger auf die Wahlen vorbereitet, und man darf hoffen, daß alle nur eine Möglichkeit anerkennen werden, die nämlich, daß **der Pole nur für einen Polen stimmen kann.**

Aus Nr. 145 des Dziennik Polski (Dortmund)

vom 28. Juni 1905:

Der Wiarus Polski samt den Hafatisten würde sich freuen, wenn der Dziennik Polski in Verfall geriete. Schon in der Dienstagnummer heßt er die Landsleute gegen den Dziennik auf, indem er wissentlich Lügen über unseren Vertrag veröffentlicht.

Der Wiarus Polski schreibt nämlich wörtlich:

„Sämtliche von beteiligter Seite ausgestreuten Gerüchte, daß sich in dem Dziennik Polski, seit dem das Blatt eine Genossenschaft, an deren Spitze sich die Herren Kwasniewski, Franke und Kolenda gestellt haben, übernommen hat, etwas geändert habe, stellte schon vor einigen Tagen der Goniec Wielkopolski in Abrede indem er mitteilte, daß der Posener Adel für Dortmund weiter kein Geld spenden werde.“

Die Posener Herren wollten sich nur vor allzu großen Verlusten sichern und waren deshalb mit einer Genossenschaft einverstanden, damit die Arbeiter für die in Dortmund gemachten Schulden mit ihrem schwer verdienten Groschen bürgten.“

Die schändliche Lüge besteht hauptsächlich in der Behauptung, daß die Arbeiter für fremde Schulden bürgen sollen, denn die Sache verhält sich tatsächlich so, daß die Genossenschaft auf ihre eigene Rechnung den tatsächlichen Wert des Druckmaterials des Dziennik übernommen hat, die Kosten der Gründung unseres Blattes dagegen deckt der „Posener Adel“, wie der Wiarus die Gründer des Dziennik Polski ironisch bezeichnet.

Wenn also heutzutage jemand der Genossenschaft des Dziennik beitritt, der übernimmt nicht die Verpflichtungen seiner Gründer, sondern er tritt in eine fertige Sache hinein.

Dennoch reißt sich die hafatistische Westf. Allg. Ztg. vor Freude die Hände, wenn sie den Kampf des Wiarus gegen den Dziennik Polski sieht, — und sie sagte, daß auch die Polen im Westen Deutschlands national gesinnt seien, dort aber wo es sich um ausdauernde, zielbewusste Arbeit und um praktische Aufopferung handelt, schlägen sie vollständig fehl. Wegen Mangels an Einigkeit unter den Polen brauchen also die Deutschen die polnische Gefahr nicht allzu sehr zu fürchten — denn die Polen werden sich selbst beißen.

Da hast Du's, Wiarus. Und was sagen die Landsleute dazu?

Aus Nr. 145 des Dziennik Polski (Dortmund)
vom 28. Juni 1905:

In Sachen der „polnischen Berufsvereinigung“ im Großherzogtum Posen erhalten wir von dem Vorsitzenden des polnischen Berufsverbandes in Posen, Herrn Stanislaus Nowicki, nachstehendes Schreiben mit der Aufschrift:

Der polnische Berufsverband über die Bochumer Berufsvereinigung.

Auf sehr zahlreiche Anfragen von verschiedenen Seiten, was eigentlich die Bochumer Berufsvereinigung veranlaßt hat, die Arbeiter in Westpreußen zu organisieren und infolge der Stellung, welche unsere Blätter, besonders die Gazeta Polska in Kosten zu dieser Angelegenheit genommen haben, bemerken wir, daß der polnische Berufsverband garnicht die Absicht hatte, die ganze Sache öffentlich zur Sprache zu bringen, sondern er hat sich in dieser Angelegenheit mit dem Bochumer Hauptvorstande auf privatem Wege verständigt. Es hat uns in der Tat nicht angenehm berührt, als uns die Mitteilung von der Verbreitung der Agitation zugeing, zumal da sie sich aus Preußen nach dem Großherzogtum übertrug.

Es hat uns gewundert, daß die Berufsvereinigung, welche vollständig andere Organisationsbedingungen hat, die vielleicht für den Vergarbeiter im Emigrantentum passen, aber keinesfalls den Verhältnissen der Arbeiter im Großherzogtum und in Westpreußen entsprechen — ohne vorherige Verständigung in eine solche Agitation treten kann. Die ganze Sache hätte mit Hohenalza, wo unser Vertreter die Sache mit dem Delegierten der Berufsvereinigung beigelegt hat, ihr Ende erreicht und die Erklärung der Berufsvereinigung hätte alle befriedigt, wenn nicht der Umstand gewesen wäre, daß dem polnischen Berufsverbande in einer Versammlung in Graudenz vorgeworfen wurde, der Posener Berufsverband lege eine zu geringe Rührigkeit an den Tag und erteile auf Bitten um Entsendung eines Delegierten gar keine Antwort. Das ist ein zu ungerechter Vorwurf und es würde demjenigen, welcher ihn erhoben hatte, sehr schwer fallen, dies zu beweisen. Vor allen Dingen bemerken wir, daß uns bisher niemand angegangen hat, irgendwo einen polnischen Berufsverband zu gründen und es kann somit von einer Nichterfüllung der Wünsche oder der Nichterteilung einer Antwort keine Rede sein. Eine solche Aufforderung ist nur von Tuchel aus ergangen und zwar am Tage vor der Graudenger Versammlung, wohin auch der Verband seinen Vertreter entsandte und wo er eine Filiale gründete.

Daß wir bisher in weiteren Gegenden nicht eingriffen, hierfür ist ein Grund der Mangel an ausgebildeten Leuten und da wir sogar in näherliegenden Gegenden Erfahrung gesammelt haben, daß, wenn ein Verband gegründet, dieser aber nicht fortwährend gepflegt wird und man sich seiner nicht annimmt, die Verbände nicht prosperieren und in Verfall geraten. Es ist und war also am Orte und in den umliegenden Gegenden soviel Arbeit vorhanden, daß wir an weiter entlegene Gegenden nicht denken konnten, denn es genügt nicht, nur einen Verband zu gründen, sondern man muß ihn so ausstatten, daß er sich rationell entwickelt. Hierzu gebraucht man aber Zeit und Leute.

Das ist vorläufig die ganze Schuld des Posener Berufsverbandes. Wir würden dies noch nicht öffentlich berührt haben, obgleich die Sache für uns insofern unangenehm war, als die Berufsvereinigung in Gegenden, die uns näher gelegen sind, und an den Arbeiter, der unter ganz verschiedenen Verhältnissen lebt, als die sind, unter denen die Berufsvereinigung gegründet wurde, herantreten ist — und zwar ohne

vorherige Verständigung mit uns. Öffentlich hervorzutreten zwingt uns aber der Umstand, daß die Auslassungen in der Graudenger Versammlung weiteren Widerhall gefunden haben, welcher unserem Verbande sehr schaden kann. Und noch in diesen Tagen veröffentlichte der Postemp eine Korrespondenz aus Czersk, welche die Ursachen des Streiks besprach und sich genau derselben Ausdrücke bediente, wie in Graudenz. Um nun nicht in den Verdacht zu geraten, daß wir uns dem Nichtstun und der Trägheit hingeben, erklären wir, daß der Posener polnische Berufsverband nach seinen Kräften und sogar sehr rührig arbeitet und daß die in Graudenz ausgesprochenen Worte nicht die geringste Grundlage haben. Damit aber die Agitation der Berufsvereinigung nicht als Konkurrenzkampf angesehen wird, schlagen wir vor, die in Westpreußen erworbenen Mitglieder dem Posener Berufsverbande zu überweisen und wir werden so der ganzen Sache damit ein Ende bereiten.

Für den polnischen Berufsverband:
St. Nowicki.

Aus Nr. 144 des Dziennik Polski (Dortmund)
vom 27. Juni 1905:

In der Versammlung in Dellwig sprach gestern Herr Ignatz Zninski über den Verein Straz. Nachdem Redner über die Posener Versammlung Bericht erstattet hatte, erläuterte er den Zweck und die Aufgabe des neugegründeten Vereins, welcher der Verteidigung unserer Erwerbs-, unserer rechtlich politischen Interessen und der Hebung der Aufklärung auf nationaler Grundlage dienen soll. In kurzer Diskussion erklärten sodann die Teilnehmer der Versammlung, daß es Pflicht eines jeden wahren Polen sei, die Bestrebungen des Vereins Straz, welcher es sich zur Aufgabe gemacht hat, allen Polen des Deutschen Reiches ohne Unterschied der politischen Ansichten und Stände Schutz angedeihen zu lassen, zu unterstützen.

Ferner wurde über örtliche Verhältnisse beraten, insbesondere über die gemeinsame Pilgerfahrt der Polen aus Bottrop und Oberhausen nach dem wunderthätigen Orte Revelar.

Die Polen aus Bottrop haben den polnischen Seelsorger, Pfarrer Bennkamp, sich mit den Pilgerfahrten der Polen nach den wunderthätigen Orten Revelar und Newiges zu befassen. Pfarrer Bennkamp lehnte jedoch die Bitte der Polen ab, indem er bemerkte, die Polen sollten wie bisher auch fernerhin gemeinsam mit den Deutschen wallfahren. Weil dies den Polen aus verschiedenen, wohlberechtigten Gründen nicht gefiel, schlossen sie sich bereits im Mai der von Oberhausen nach Newiges unternommenen polnischen Wallfahrt an. Jetzt haben sie die Absicht, sich in derselben Organisation nach Revelar zu begeben. Es sind jedoch schon gewisse geheime Kräfte in Tätigkeit, welche den Seelsorger der Polen in Oberhausen dahin zu beeinflussen beabsichtigen, daß er die Polen aus Bottrop an der von Oberhausen ab zu veranstaltenden Pilgerfahrt nicht teilnehmen lassen solle. Um diesen Intriguen vorzubeugen, hatten sich gestern die Bottropianer in Dellwig versammelt, und sie beschloßen für die gemeinsame Wallfahrt der Landleute aus Oberhausen und Bottrop unter Führung des Pfarrers Scharke aus Oberhausen zu agitieren, welcher den Polen aus Bottrop mehr Wohlwollen entgegenbringt.

Aus Nr. 146 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 29. Juni 1905:

Die preussische Polizei gegen die Königin der polnischen Krone.

Hochfeld.

Als während der Fronleichnamsprozession sich der polnisch-katholische St. Michaelverein zum Umzuge aufgestellt hatte, erschien plötzlich ein Polizist und erklärte, daß es dem Verein nicht gestattet sei, an dem Umzuge teilzunehmen. Auf der Fahne ist nämlich eine Aufschrift angebracht, welche der Polizei nicht gefällt; dieselbe lautet: „Königin der polnischen Krone, bete für uns.“

Aus Nr. 148 des Dziennik Polski (Dortmund)
vom 2. Juli 1905:

In Sachen der Pilgerfahrt nach Werl.

Liebe Landsleute!

Seit nunmehr 11 Jahren pilgern wir nach dem wundertätigen Orte Werl, wo unsere Mutter, die heilige Jungfrau Maria in der kleinen Kirche alle Tränen sammelte, alle unsere Klagen, die Klagen unserer Brüder und Schwestern entgegennahm, um sie vor dem Throne ihres Sohnes darzutun.

Elf Jahre der empfangenen Gnaden sind verstrichen, aber der Schatz der Barmherzigkeit ist nicht erschöpft.

Die Zahl der Pilgernden ist so gewachsen, daß sich die Kirche in Werl als zu klein erwiesen hat, um alle Lobpreiser der heiligen Jungfrau aufzunehmen. Die Franziskaner-Patres waren deshalb gezwungen, eine neue Kirche zu erbauen, welche nun zur Freude der Kinder Marias dasieht.

Wir werden am 16. Juli in die neue Kirche gehen, und nach uns vielleicht noch viele Jahre hindurch unsere Kinder, Brüder und Schwestern, die in der Fremde herumirren, wenn Traurigkeit und Schmerz ihre Herzen erfüllet — diese werden ihre Augen auf das Haus der Maria richten, zu dem wir unsere betrübten Herzen wenden.

Aus Dankbarkeit zu unserer allerheiligsten Mutter für die von ihr empfangenen Gnaden, aus Ehrung, Liebe und Lobpreisung, die vor allem wir in der Fremde Herumirrenden unserer himmlischen Königin entgegenbringen wollen, in der Hoffnung, daß die allerheiligste Jungfrau Maria uns und unsere Kinder reichlich segnen wird, haben wir einmütig beschlossen, wir Leiter der polnischen Vereine der Dekanate: Dortmund, Castrop, Hörde (außer dem Verein in Horsthausen), für die neue Kirche in Werl ein Andenken zu stiften; es soll das ein Altar des heiligen Antonius sein.

Wir haben beschlossen, für diesen Altar unser Scherflein zu spenden, um auf diese Weise zur Verschönerung des Hauses der Jungfrau Maria und zur Verherrlichung der himmlischen Königin beizutragen. Die auf diesem Altare in polnischer und lateinischer Schrift angebrachte Aufschrift wird für alle Geschlechter ein Zeugnis dafür sein, daß wir Polen in der Fremde nicht nur mit dem Munde, sondern auch mit der Tat die allerheiligste Jungfrau Maria ehren. Und wenn der Tod naht, dann werden wir in Zuversicht rufen können: O, Maria! ich habe dich bei Lebzeiten auf Erden gepriesen, trage das deine dazu bei, daß ich dich im Himmel rühmen kann.

Eine Freude möge für uns die Gewißheit sein, daß Jahr für Jahr zur Zeit der Wallfahrt der Geistliche an diesem Altare dem lieben Gott ein Opfer darbringen wird für diejenigen, welche zur Errichtung des Altars beigetragen haben.

Wer noch etwas für die Errichtung des Altars beizutragen wünscht, der kann sein Scherflein an den Vorsitzenden des polnisch-katholischen Vereins bis spätestens zum 12. Juli abführen.

Die Vorsitzenden der polnisch-katholischen Vereine der Dekanate: Dortmund, Castrop und Hörde.

Aus Nr. 146 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 29. Juni 1905:

In Hilden bei Düsseldorf ist am 28. Mai d. J. ein polnisch-katholischer Verein Namens „Jednosc“ gegründet worden. Bis jetzt gehören dem Verein 32 Mitglieder an. Vorsitzender ist Herr Gibikowski. Den Landsleuten in Hilden und aus der Umgegend kann nur empfohlen werden, dem Verein „Jednosc“ recht zahlreich beizutreten.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 51 der Gazeta Robotnicza (Rattowig)
vom 1. Juli 1905:

Bericht über die Konferenz der rheinisch- westfälischen P. P. S.

(Schluß).

Auf die seitens einiger Genossen des Komitees erhobenen Vorwürfe antwortet Genosse Prudlo: Die Genossen werfen dem Komitee vor, daß es wenig getan und in manchen Orten die Agitation gänzlich vernachlässigt habe. Es ist wahr, daß die Agitation in manchen Orten nicht so durchgeführt wurde, wie es hätte sein sollen, wir hatten aber den Bergarbeiterstreik, und das Komitee war so in Anspruch genommen, daß es häufig trotz des bestens Willens unmöglich war, allen Anforderungen Genüge zu leisten. Was die Redner betrifft, so muß ich bemerken, daß wir hier nicht allzuviel gut ausgebildete Redner haben. Die Leute sind zu sehr beschäftigt, als daß sie sich zu Referaten vorbereiten könnten. Zu diesem Zwecke hatten wir uns bemüht, die Genossin Golde zu gewinnen und mehrere Versammlungen an verschiedenen Orten zu veranstalten. Bei uns ist es so Brauch, daß, wenn wir schon jemand an Ort und Stelle haben, diese Person gleich in mehreren Versammlungen sprechen muß. In Westfalen und Rheinland arbeiten Tausende von polnischen Arbeitern, wir würden also mehr gute Redner benötigen, damit unsere Agitation Fortschritte macht.

Genosse Zielinski stellte folgenden Antrag: Angesichts der sich vergrößernden revolutionären Bewegung im Zarenreiche übermittle die II. rheinisch-westfälische Konferenz unseren Brüdern im Zarst, die einen Kampfschritt um die Freiheit führen, die wärmsten Ausdrücke von Achtung und Bewunderung.

Hierauf wurde zu Punkt II und III der Tagesordnung geschritten. Beide Punkte wurden gleichzeitig beraten.

Genosse Jezioracki-Oberhausen: Bei uns macht die Agitation geringe Fortschritte. Die Schuld müssen wir uns selbst beimeßen. Die Genossen, welche Mitglieder des Vereins Oswiata sind, nehmen an den Versammlungen nicht teil, und dann beklagen sie sich, daß wir wenig Redner haben. Wo sollen wir uns denn ausbilden, wenn nicht in unserem Arbeiterverein? — Ebenso wurden zu wenig öffentliche Versammlungen einberufen, durch Versammlungen kann man aber die Agitation bei weitem erfolgreicher betreiben, als durch Zeitungen.

Genosse Bielawski-Bruch-Herne: Bei uns macht die Agitation Fortschritte. Es ist uns gelungen, die Genossen wachzurufen, und die Versammlungen finden regelmäßig statt, an denen eine ziemlich erhebliche Zahl von Genossen teilnimmt. Wir müssen unsere Schritte noch nach Bruch-Necklinghausen lenken. Bis jetzt ist es uns nicht gelungen, dort ein Versammlungslokal zu erlangen.

Genosse Popielas-Alstaden: Bei uns geht die Agitation schwach vorwärts. Bis jetzt veranstalteten wir keine politischen Versammlungen. Lesen möchten die Genossen die Gazeta Robotnicza, zahlen will aber niemand für sie.

Genosse Swierzy-Bruch: Bei uns macht die Agitation geringe Fortschritte. Das größte Hindernis für die Agitation sind die Frauen, die, wenn sie eine Zeitung oder einen Aufruf sehen, sie in den Ofen werfen.

Alsdann erstattet Genosse Zielinski-Oberhausen den Bericht über den VIII. Kongreß der P. P. S.: Genossen, ich teile euch die zwei wichtigsten Punkte des Kongresses mit, nämlich betreffend die Selbstständigkeit unserer P. P. S. und die Lage unserer Gazeta Robotnicza. Auf dem Kongreß bildeten sich zwei Lager; das eine wollte unsere Partei der deutschen Sozialdemokratie einverleiben, während das andere forderte, daß unsere Partei selbständig und unabhängig sein solle. Wie euch bekannt ist, wollte der alte Vorstand unsere Partei mit einem einzigen Federstrich aus der Welt schaffen. Die Delegierten aus Berlin, Bremen, aus dem Posenschen und wir waren für eine selbständige Partei eingetreten. Nur die Genossen aus Oberschlesien widersetzten sich dem, indem sie darauf hinwiesen, daß in Schlesien Einigkeit notwendig sei, damit man gemeinsam mit den deutschen Genossen Hand in Hand gehen könnte.

Der zweite wichtige Punkt war: Der Kongreß beschloß die Einführung von Geschäftsanteilen für die Gazeta Robotnicza, den geringsten zu 10 M., damit jeder Genosse Mitglied sein könnte. Nur auf diese Weise wird man die zur Herausgabe der Gazeta Robotnicza notwendige Summe aufbringen können.

Es wurde zur Diskussion über beide Punkte geschritten.

Genosse Bielawski: Genosse Jezioracki behauptet, daß bei uns in Oberhausen die Agitation nur geringe Fortschritte aufzuweisen habe. Ich kann ruhig bemerken, daß wir große Fortschritte gemacht haben. Es ist uns zwar nicht gelungen, alle hier beschäftigten polnischen Arbeiter zu organisieren, aber ein Referent kann versichert sein, daß er in einer öffentlichen oder Mitgliederversammlung zu leeren Bänden nicht sprechen wird. In die Komiteekasse lieferten wir zwar nicht viel ab, wir forderten aber auch nichts aus der Kasse für Agitationszwecke.

Genosse Jezioracki antwortet dem Genossen Bielawski, daß man, obgleich die Fortschritte leidlich gewesen seien, dennoch tüchtig arbeiten müsse, um die Tausende hier beschäftigter polnischer Arbeiter in die Organisation hineinzuziehen.

Genosse Tuszynski wirft den Delegierten des Parteikongresses vor, sie hätten die, die Verschmelzung der P. P. S. mit der deutschen Sozialdemokratie betreffenden, von den ober Schlesischen Genossen gestellten Anträge nicht energig bekämpft.

Genosse Bielawski: Wir unterstützten tatkräftig die Anträge zugunsten der Selbstständigkeit.

Genosse Jozefacki: Mit dem Parteitage kann jedermann zufrieden sein. Wenn ihr, Genossen, dem Parteitage beigewohnt hättet, wäret ihr mit ihm völlig zufrieden. Die Anträge der ober Schlesischen Genossen dürfen nicht gar zu sehr verurteilt werden. Sie haben

die Angelegenheit von der praktischen Seite betrachtet. Es ist richtig, daß man ohne Geld nur mit Mühe vorwärts kommen kann. Es sind Agitatoren usw. nötig. Ihr wißt es doch, daß unsere Partei in letzter Zeit große Opfer erlitten hat.

Genosse Tuszynski und Bielawski polemisieren mit dem Genossen Jozefacki.

Genosse Zielinski stellt den Antrag, die Diskussion zu schließen und eine halbstündige Pause eintreten zu lassen. Gegen den Antrag des Genossen Zielinski erklärte sich Genosse Jozefacki. Der Antrag wurde angenommen.

Nach der Pause gab Genosse Tuszynski eine Übersicht über die Parteipresse. Alsdann wurde zu Punkt IV „Anträge“ geschritten.

Genosse Belinski stellte den Antrag, die Genossen, welche Geschäftsanteile für die Gazeta Robotnicza erwerben wollen, möchten schon heut ihre Unterschriften leisten. Der Antrag wurde mit allen Stimmen gegen eine angenommen.

Genosse Bielawski stellte den Antrag, der Bergarbeiterverband möge dem Komitee die Kosten zurückerstatten, die dadurch entstanden sind, daß die Schließung des Bündnisses mit den christlichen Verbänden nicht zur Kenntnis gebracht worden war. Auch dieser Antrag wurde angenommen. Ferner wurde dem Antrag des Genossen aus Bottrop, den Bericht über die II. Konferenz zu Agitationszwecken in Broschürenform herauszugeben, ebenfalls stattgegeben. Es wurde noch der Antrag angenommen, daß die Komiteefakungen gedruckt und den Parteikarten hinzugefügt werden sollen.

Es wurde zu Punkt V „Wahl des Komitees und der Kontrollkommission“ geschritten. In das Komitee wurden gewählt die Genossen: Belinski, Bielawski und Jozefacki. In die Kontrollkommission wurden gewählt die Genossen: Stachowiat, Hornan, Kowalski und Jeziorowski. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Zum Schluß ergriff Genosse Tuszynski das Wort: Geehrte Delegierten! Wir haben unsere Beratungen beendet. Ich habe die Überzeugung, daß wir von der Konferenz mit dem festen Entschlusse heimkehren, die gleichgültigen Massen des polnischen Arbeitervolkes durch ausdauernde Agitation in unseren Kreis zu ziehen. Es warten unserer unermüdete Arbeit und große Mühen. Achten wir auf keine Hindernisse, sondern laßt uns das Licht der Aufklärung in die Häuser unserer noch gleichgültigen polnischen Brüder tragen. Nur durch tatkräftige und ausdauernde Arbeit zusammen mit dem Proletariat der ganzen Welt können wir Freiheit und Gerechtigkeit einführen.

Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und auf die P. P. S. wurde die Konferenz um 7¹/₂ Uhr abends geschlossen.

Aus den Blättern des Auslandes.

Nr. 5—6 des Przegląd Wszechpolski (Krajan)
vom Mai-Juni 1905:

Der gegenwärtige Augenblick in unserer Politik.

Von dem Torpedobootsangriff gegen die bei Port Arthur stehende russische Flotte bis zu der Katastrophe bei Tsushima durchlebten wir einen an Ereignissen so reichen Zeitabschnitt, wie seit der napoleonischen Epoche nicht vorgekommen war.

Unsere Gesellschaft, welche in den russischen Landes- teilen in den letzten vier Jahrzehnten fast keine eigene Geschichte besaß — falls man nicht etwa die in dieser

Zeit von der russischen Regierung in unserem Lande begangenen traurigen Taten als Geschichte bezeichnen will — büßte zum großen Teil den Beobachtungssinn für große Ereignisse und die Fähigkeit zu deren geistiger Verarbeitung, zu deren richtiger Beurteilung, ein. Die ersten Kriegseignisse hatten in unseren intelligenten Bevölkerungsschichten ziemlich neugierige, anscheinend aber gleichgültige Zuschauer, welche sich so verhielten, als ob das Geschehene in keinem Zusammenhange mit uns stünde, als ob es auf unser Schicksal nicht den geringsten Einfluß ausübte. Diese Kreise haben sich an ein Leben ohne Geschichte, unter kleinen und elenden Verhältnissen, so gewöhnt, als ob sie anfänglich nicht fähig gewesen wären zu verstehen, daß auf dieser Welt noch große Dinge geschehen können, als ob sie nicht daran hätten glauben können, daß gerade jetzt für diese großen Dinge die Zeit gekommen sei.

Allmählich, als geschichtliche Ereignisse von großer Tragweite schnell aufeinander folgten, fingen die Gesinnungen an, sich dem anzupassen, der Gesichtskreis wurde schärfer, die Leute fingen an, sich darüber Rechenschaft abzulegen, daß sich das Blatt in der Geschichte wende, daß ein Wendepunkt gekommen sei, nach welchem ein neuer Lebensabschnitt unter neuen Verhältnissen eintreten müsse. In unserem Lande selbst fing es an zu gähren, schnell aufeinander folgten anarchische Erscheinungen, welche darauf hinausgingen, unsere Gesellschaft aus dem Gleichgewicht zu bringen, sie in einen hysterischen Zustand zu versetzen, in welchem jeder ruhigere, breitere Gedanke unmöglich ist. Dieser Anarchie vermochte unsere Gesellschaft bis jetzt keinen Damm zu setzen; im Gegenteil, sie wächst fortwährend und macht den Leuten die Besinnung und Betrachtung, das Begreifen der ganzen jetzigen Lage, die daraus sich ergebenden Aussichten auf die Zukunft und die daraus entspringenden Aufgaben unmöglich. Wenn wir uns aber zu diesem ruhigen, einen weiten Gesichtskreis umfassenden Gedanken nicht aufraffen, können wir nur durch unvernünftige Bewegungen unter dem Einfluß verrotteter Gewohnheiten handeln, und wir laufen Gefahr, daß wir, anstatt die neue Lage auszunützen, uns selbst verzehren, zugrunde richten und obendrein noch über das Land äußere Niederlagen bringen. In erster Linie ist es erforderlich, uns darüber klare Rechenschaft abzulegen, in welcher Richtung sich unser Verhältnis zu Rußland geändert hat und sich noch weiter ändert und wozu uns diese Änderungen verpflichten. Wir müssen in dieser Hinsicht die Lage ernst und nüchtern beurteilen, wir müssen das Wort und den Einfluß auf öffentliche Angelegenheiten Leuten abnehmen, welche hierzu nicht die nötige Ruhe und Reife besitzen oder deren Ansichten so verrottet und in alte Gepflogenheiten so versunken sind, daß sie nicht imstande sind, neue Dinge zu sehen und in der neuen Lage sich zurechtzufinden. Jetzt, wo sich das Los der Nation entscheiden soll, darf, wenn sie nicht untergehen soll, weder Hysterie, noch greisenhafte Gehirnerweichung sie regieren.

Die Schlacht bei Tsushima, eine Niederlage, wie sie ähnlich in der Geschichte nicht wieder vorkommt, bildet nicht nur das Hauptereignis des gegenwärtigen Krieges und die Besiegelung des bereits unzweifelhaften und absoluten Sieges Japans, sondern sie ist viel mehr, sie bildet den gründlichsten Beweis für die tief eingreifenden Umgestaltungen, welche innerhalb des russischen Staates stattgefunden haben, sie ist die Ankündigung einer großen Veränderung in der bisherigen großen geschichtlichen Rolle dieses Staates.

In dieser Weise verlieren nur untergehende Staaten die Schlachten. Ein Staat kann wiederholt geschlagen werden und vor dem Anbruch eines neuen Zeitpunktes

seiner Machtentwicklung die ganze Kampagne verlieren. Jena kündigte keineswegs den Preußen ihr Ende an, es wies nur auf die Gebrechen der staatlichen, namentlich der militärischen Organisation hin. Aber so verlieren, wie die Schlacht in der Meerenge von Korea verloren wurde, kann nur ein Staat, welchem nicht nur die Lebensform, sondern der Lebensinhalt fehlt. Der ganze Kriegszug des Ostseegeschwaders nach den Gewässern des Stillen Ozeans ist eine Sammlung unberechenbarer, unkoordinierter, einen realen Zweck nicht anstrebender Taten. Hier hat man schon den Eindruck von den Bewegungen eines riesigen, ungeschlachten, hirnlosen Körpers, welcher auf die gegen ihn geführten Schläge durch Zuckungen antwortet. Denn es handelt sich hier nicht darum, daß man die Schlacht verlor, und auch nicht darum, daß man die ganze Flotte in einer noch nicht dagewesene Weise, denn ohne dem Feinde irgend einen Schaden zugefügt zu haben, einbüßte, sondern darum, daß man, ohne Aussicht auf Erfolg, zwanzig tausend Menschen und einige hundert Millionen Rubel in Schiffen dem sicheren Untergange entgegenführte — nur zu dem Zwecke, um sich bloßzustellen, sich Schande zu machen und sich die Friedensbedingungen unvergleichlich schwieriger zu machen, sowie sich den Nachbarn auf Gnade und Ungnade zu ergeben, nachdem das Ostseegestade der Verteidigungsmittel entblößt worden ist. Und auch darum handelt es sich, daß für dieses Verbrechen niemand verantwortlich gemacht wird, daß die Nation nicht darnach fragt, wer die Schuld daran trägt, daß sogar die Nachricht von der Niederlage und Schande Rußlands von der Gesellschaft gleichgültig aufgenommen wurde und zwar mit jener Gleichgültigkeit, welche nicht den Stoizismus, sondern den Mangel an bürgerlichem Gefühl, den sittlichen Stumpfsein beweist.

Wenn jemand bis jetzt nicht daran glauben wollte, daß dieser Krieg den Anfang des Unterganges Rußlands bedeutet, so muß er es nach der Tsushimaer Niederlage glauben. Und wenn Rußland Patrioten besitzt, welche die gegenwärtigen Ereignisse verstehen und tief empfinden, so muß sich ihrer eine stumme Verzweiflung bemächtigen: auf dem Grunde des Japanischen Meeres wurden nicht nur jegliche Aussichten auf Sieg in dem gegenwärtigen Kriege begraben, sondern auch wahrscheinlich jede Hoffnung auf eine dereinstige Wiedergeburt der russischen Staatsmacht. In der nächsten Zukunft wird diese Macht von Jahr zu Jahr geringer werden, und wiewohl derartige Zerfallsprozesse im allgemeinen sich langsam vollziehen, so kann doch der Niedergang Rußlands schneller, als derjenige anderer Mächte, von denen die Geschichte spricht, vor sich gehen, denn das Leben der ganzen Menschheit pulsiert heute schneller und alle Umwälzungen vollziehen sich in kürzerer Zeit.

Wenn der jetzige Krieg Rußland nach außen hin bloßstellte, wenn er für den schnellen Vertrüggang seiner Diplomatie und Armee, sowie für die schmachvolle Niederlage seiner Flotte Beweise lieferte, so nehmen ihm die inneren Ereignisse, deren wir schon heute Zeugen sind, entschieden das Aussehen eines vernünftig und stark organisierten Staates, auf welches es noch vor kurzem Anspruch hatte.

Die Einwohner des Königreichs Polen empfangen den Eindruck mächtiger, als irgend ein anderer Mensch. Das, was jetzt in unserem Lande geschieht, stellt es in Bezug auf die politisch-administrative Organisation mindestens auf die gleiche Stufe mit der Türkei.

Die Sicherheit für Leben und für Hab und Gut einer Privatperson ist hier nicht größer, ja vielleicht noch geringer: die Behörden sind nicht imstande, sie den Einwohnern zu sichern, sie selbst aber bedrohen

diese immer mehr. Unfähig, durch eine energische Polizei-Organisation ihre eigenen Leute gegen die Angriffe zu schützen, rächen sie sich an der ruhigen Bevölkerung, jede Gelegenheit benutzend, um auf den Straßen auf gewöhnliche Passanten zu schießen. Derartige Mordmorde der unteren Polizeiorgane und der ihre Befehle ausführenden Wächter einerseits, das Morden der ruhigen Bevölkerung, sogar der Frauen und Kinder durch das Militär andererseits — stehen heute auf der Tagesordnung im ganzen Lande. In Warschau selbst fanden, ganz abgesehen von kleineren Krawallen, bereits zweimal mehrtägige, durch das Militär auf höheren Befehl begangene Straßenmorde statt. Und zweimal hatten wir bereits mehrtägige Perioden, in welchen die Polizei nicht eingriff, sich von den Straßen zurückzog, diese der Gnade oder Ungnade unbekannter, mit der Waffe in der Hand auftretender und das Leben in der Stadt auf ihre Art regelnder Elemente überlassend. In dem ersten Falle vermochte die Polizei nicht, die Straßenunruhen zu bewältigen, dem demolieren des öffentlichen und privaten Eigentums entgegenzutreten; in dem zweiten, welcher neuerdings, am Ende des vorigen Monats sich ereignete, sah sie während mehrerer Tage den blutigen Abrechnungen mit dem städtischen Abschaum und der Verwüstung der Wohnungen öffentlicher Dirnen ruhig zu. Abgesehen davon, wer mordete und verwüstete, wer zum Opfer fiel und wofür — Tatsache ist es jedoch, daß die Regierung in keinem politisch organisierten Lande gestattet, in die Machtbefugnisse der Gerichte und der ausführenden Behörden einzugreifen. Wenn aber etwas derartiges vorkommt, so geschieht es nur für einen Augenblick, als die Folge der Unachtsamkeit der Behörde und deren schwerfälliger Bewegung. Bei uns, in der Landeshauptstadt, in dem 700 000 Einwohner zählenden, europäischen Mittelpunkt des kulturellen und industriellen Lebens dauerte während mehrerer Tage öffentliches Morden und Demolieren von Hab und Gut an, und die Polizei sah dem Treiben untätig zu, und erst als die Vollstrecker des Standrechts ihr Werk vollendet hatten, machte der Statthalter bekannt, daß er die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung dem halbwilden Militär überlasse, daß er jedem Soldaten das Recht zum Morden gebe und daß es Sache der Bevölkerung sei, dafür zu sorgen, daß sie den wohlbekannten rohen Instinkten dieser unberufenen Ordnungshüter nicht zum Opfer falle.

Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die politische Landesobrigkeit öffentlich ihre Schwäche, ihre Desorganisation einsieht und aus freien Stücken auf ihre Rolle verzichtet. Die jetzige Lage Rußlands läßt sich unserer Ansicht nach in folgende Worte zusammenfassen. Unter dem Einfluß der einmal eingeschlagenen, aus der Rasseingier entstandenen Richtung machte der russische Staat zum Zwecke seines Bestehens immer neue Errungenschaften. Diese machte er in zweierlei Weise: indem er immer neue Landesteile an sich riß und seine Macht auf immer neue Lebenssphären in fremden, unter russischer Herrschaft stehenden Ländern ausdehnte. Die Eroberungspolitik und die damit verbundene Belastung des Staates mit immer schwieriger zu lösenden Aufgaben entwickelte sich mit ungeheurer Schnelligkeit, während gleichzeitig unter ihrem Einfluß die Staatsmaschine sich lockerte und immer unfähiger zur Lösung höherer, verwickelterer Aufgaben nicht nur in der äußeren Politik und der Beherrschung fremder Länder, sondern auch in der inneren Verwaltung des eigentlichen Rußlands wurde. Eine derartige Lage kann nicht von langer Dauer sein. Wenn die Leidenschaft immer mehr wächst, die Leistungsfähigkeit dagegen nachläßt, dann muß der Augenblick eines solchen Mißverhältnisses zwischen Leidenschaft und Fähigkeit ein-

treten, daß man unwillkürlich auf die Befriedigung der Leidenschaft verzichten muß.

Es hatte des Auftretens eines durch alte, traditionelle Tugenden und moderne Kriegstechnik mächtigen Japans auf der Bildfläche bedurft, um Rußland zur Verzichtleistung auf äußere Annexionen zu zwingen. Für die blinde — denn mit der Desorganisation der Kollektivkörper geht die Blindheit stets handinhand —, deshalb anspruchsvolle Zarenregierung kam diese Notwendigkeit so unerwartet, daß sie sich nicht dareinsinden kann. Während alle die hoffnungslose Lage Rußlands in diesem Kriege sehen, ist allein dessen Regierung heute noch, nach der Niederlage bei Tsushima, bereit zu verkünden, daß sie schließlich doch siegen werde. Ungeachtet dessen wird sie zum Abschluß eines demütigen Friedens, zur Verzichtleistung auf ihre Ansprüche in Ostasien gezwungen werden und wird infolgedessen während einer Reihe von Jahren zu einer größeren kriegerischen Aktion unfähig sein, was ihrer auswärtigen Politik Enthaltsamkeit auferlegen wird.

Die Niederlagen in dem japanischen Kriege benahmen der Zarenregierung die Sicherheit in ihrer inneren Eroberungspolitik und ließen sie einen Weg verlassen, auf welchem sie in letzter Zeit immer schneller, immer unüberlegter fortzuschreiten anfing. Bei dieser Änderung hat sie sich zu keinem größeren Plane, zu keinem kühneren Entschlusse emporgerafft, wie sie sich auf keinem anderen Gebiete zu etwas derartigem emporgeschwungen hat, sondern sie fing an, allmählich abzusinken und die einmal eingeschlagenen Wege aufzugeben. Trotzdem sind die eingetretenen Änderungen bereits bedeutend. Am meisten gewann Finnland, welches zu einem großen Teil seiner vor kurzem aufgehobenen oder tatsächlich aufgehobenen Rechte kam. Unsere Vorteile kamen mehr indirekt und zwar dank dem Ufaze, welcher nicht ein Zugeständnis für die Polen, sondern vor allen Dingen die Gewinnung der Altgläubigen und der russischen Sektenanhänger, vielleicht aber auch die Gesundung der immer fränklicheren, herrschenden Kirche bezweckte. Man verstieg sich aber auch zu kleinen Zugeständnissen direkt für das Polentum, namentlich in dem Ufaze, betreffend den Grunderwerb in dem anektierten Lande, den polnischen Unterricht in den dortigen Schulen, endlich in noch nicht genehmigten, halben Beschlüssen des Ministerkomitees hinsichtlich der Rechte der polnischen Sprache in dem Königreich Polen.

Diese im Verhältnis zu unseren kulturellen und sozial-politischen Bedürfnissen kleinen Zugeständnisse sind immerhin Brechen in dem bis jetzt herrschenden und vor kurzem noch schnell fortschreitenden Russifikationsysteme. Ihr Charakter jedoch und die Art und Weise, in welcher sie gemacht wurden, beweisen, daß die Regierung, in gewissen Punkten nachgebend, in welchen ihre Politik es zu besonderen Karrikaturverhältnissen brachte und wo die Zugeständnisse keine grundsätzliche Bedeutung haben, sich zur Änderung der Systemunterlagen ihrer Regierung in Polen selbst nicht entschließen will. Was verursachte diese Zugeständnisse und warum gingen sie nicht weiter?

Wenn wir irgendeinen Einfluß auf die Politikänderung der russischen Regierung in ihrem Verhältnis zu uns ausüben wollen, müssen wir die Dinge richtig verstehen. Wir wollen hier nicht ein volles Licht auf Dinge werfen, welche von der Menge, oft von den hinterkühnigen Machern abhängen. Wir betonen nur die Hauptursachen, welche am sichersten und dauerndsten wirken, trotz diesen oder jenen vorübergehenden Schwankungen, welchen die Regierungspolitik unter Neben- einflüssen unterliegen kann.

Wenn der offene Kampf mit der Waffe vor allen Dingen den Aufschwung der sittlichen Kräfte bedeutet, so ist der politische Kampf dies um so mehr. Das Verhältnis einer Regierung zu einer fremden Gesellschaft, wie der russischen Regierung zu den Polen, ist das Verhältnis eines fortwährenden Kampfes. Je schwächer eine Gesellschaft sittlich ist, je stärker sich die Regierung und ihre Ortsbehörden fühlen, um so größer sind die Aussichten auf Übervorteilung der Gesellschaft zu Gunsten der Regierungspolitik. Je mehr Widerstandskraft eine Gesellschaft aufweist, je dreister und konsequenter sie sich dem seitens der Regierung ihr zugefügten Unrecht widersetzt, desto unschlüssiger fühlt sich die Regierung und ihre Organe, desto geneigter ist sie zur Zügelung ihrer Begehrlichkeiten. Wenn unsere Partei seit einigen Jahren an der Stärkung der Widerstandskraft in der Gesellschaft gegen die Regierung arbeitete, so geschah das deshalb, weil sie einjah, daß es nur auf diesem Wege möglich ist, diese in ihrer russifikatorischen Politik und in ihrer Bedrückung aufzuhalten; und wenn sie alle Versuche, sich die Regierung durch Nachgiebigkeit und Demut zu gewinnen, eifrig bekämpfte, so tat sie es aus dem Grunde, weil sie darin die Stärkung der Regierung und deren Sicherheit in ihrer Politik erblickte.

Zu unserer sittlichen Schwäche und dem Selbstbewußtsein der russischen Regierung in unserem Lande haben hauptsächlich unsere Mißerfolge in dem einzigen Kriege, welchen wir Rußland erklärten, der uns gegenüber von der russischen Regierung ausgeübte Terrorismus, schließlich der fortwährende Aufschwung der russischen Macht beigetragen. Im Verhältnis zu der immer mehr sich verwischenden Erinnerung an die Niederlagen in dem letzten Aufstande spielte der letztere Faktor in unserem Verhältnis zu Rußland eine immer größere Rolle. Man schrieb offen, daß einem so mächtigen Staate gegenüber, dessen Macht dauernd im Wachsen begriffen sei, uns nichts weiter übrig bleibe, als uns zu demütigen, uns ihm auf Gnade und Ungnade zu ergeben, uns mit seinen staatlichen Aussichten auszuöhnen und zu solidarisieren und uns dadurch die Duldung der Muttersprache und des Glaubens zu sichern. Die Vertreter dieses Programms hielten sich für die realsten und nüchternsten Politiker, uns aber, die wir zum Kampfe gegen die Russifizierung und Bedrückung aufforderten, bezeichneten sie als politische Schwärmer und Querköpfe. Dieser Glaube an die unerschütterliche Macht Rußlands erschwerte unserer Gesamtbevölkerung das Abstreifen der politischen Apathie, bestärkte dagegen die russischen Tschinowits in ihrer Frechheit, sie zu immer ausgiebigerer russifikatorischer Initiative anregend.

Dank der ausgezeichneten Taktik des Admirals Togo war gleich der Anfang des russisch-japanischen Krieges ein mächtiger, gegen das russische Selbstbewußtsein gerichteter Schlag. Doch bedurfte es noch vieler Argumente, damit die Herren unseres Landes ihre eitle Prahlerei ablegten und aufhörten, mit Verachtung von den „nieztożni japoszki“ (unbedeutenden Japanern), von dem Friedensschluß in Tokio zu sprechen und damit die Volksmenge an die Schwäche ihrer Bedrücker glaubte. Die Japaner hatten keine Eile mit der Viefierung dieser Beweise, sie sorgten jedoch dafür, daß alle Tatsachen des gegenwärtigen Krieges eine Wahrheit bewiesen. Nach dem Angriff der japanischen Torpedoboote auf die Flotte bei Port Arthur die Katastrophe mit dem Petropawlowsk und der Tod Makarow, demnächst die Niederlagen zu Lande am Zalu, bei Kintschou und Telissa (Wafangou), dann die Versprengung der Flotte und die schmachvolle Flucht Uchomskis nach Port Arthur, der Marsch der Japaner nach dem Norden und nach langer

Ankündigung russischerseits, daß der Rückzug aufhöre, die mörderische Schlacht und die Besetzung von Liaojang durch die Japaner, hierauf die Ankündigung der Offensive und die Mißerfolge am Schaho, wo Zehntausende fielen; die Übergabe von Port Arthur mit 40 Tausend Gefangenen, hierauf die schreckliche Niederlage bei Mukden, wiederum mit vielen Zehntausenden Gefangenen, die wilde Flucht russischer Heere nach dem Norden, schließlich, nach mehrwöchiger Pause „die große Schlacht auf dem japanischen Meere“, wie sie die japanischen Chroniken bezeichnen sollen.

Durch diese vielen schweren Prüfungen und unberechenbaren Verluste wurde das russische Selbstbewußtsein und der Glaube an die Allmacht seines eigenen Staates erschüttert. Gleichzeitig gewann unsere Gesellschaft allmählich die Überzeugung, daß in der Lage des Zarenreichs ein großer Umschwung vor sich gehe, man fing an zu hoffen, daß bessere Zeiten kommen würden, und man hatte das Gefühl, daß die Macht des Feindes keine unbegrenzte sei. Und so wie in den anderen Teilen des Staates, ließen sich auch bei uns immer dreistere Stimmen der Kritik der russischen Regierung in unserem Lande und der Forderung nach Befriedigung seiner elementarsten Bedürfnisse vernehmen.

Wir wagen zu behaupten, daß, wenn wir schon früher, vor dem Kriege, dreister aufgetreten wären, unser Auftreten nicht erfolglos geblieben wäre, obwohl es anfänglich die Russen stutzig gemacht und vielleicht zu Zwangsmaßnahmen Veranlassung gegeben hätte. Das ruhige Selbstbewußtsein auf der einen Seite verringert stets das Selbstbewußtsein auf der anderen. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die Niederlagen im fernen Osten und die Mutlosigkeit der Regierung zu einem energischen politischen Kampfe eine besonders günstige Gelegenheit boten. Und hätten wir einen derartigen Kampf zu organisieren vermocht, wer weiß, ob wir nicht heute schon bedeutende Errungenschaften zu verzeichnen hätten. Das, was wir bis jetzt erhielten, ist eigentlich nicht das Ergebnis unseres Auftretens, sondern dasjenige der durch die Kriegsniederlagen hervorgerufenen Stimmung und der daraus sich ergebenden Neigung zu gewissen Reformen, zur Ausöhnung mit dem Unzufriedenen im Innern des Staates. Das sind nicht unsere Werke, sondern die Wohltaten des Togo und Oyama! Und wir müssen sogar zugeben, daß wir es nicht verstehen, diese Wohltaten gehörig auszunützen. Ermutigt dadurch, daß die Vertreter des amtlichen Rußlands bedeutend kleinmütiger geworden sind und gewissermaßen den Kopf verloren haben, sprechen wir lauter und dreister als früher, doch darüber haben wir uns noch keine Rechenschaft abgelegt, was der gegenwärtige Augenblick zu bedeuten hat und wie wir ihm unser Handeln anpassen sollen. Wir haben bis jetzt nicht den Beweis geliefert, daß wir als Nation unsere äußere Politik haben, dagegen haben wir eine ungeheuere innere Zersplitterung bewiesen, eine so große Zersplitterung, daß wir zeitweise im Zweifel darüber sein könnten, ob bei uns eine ernste Nationalpolitik möglich ist.

Wir gehören nicht zu denen, die da glauben, daß der gegenwärtige Krieg nur einen kurzen Augenblick bedeute, in welchem verschiedene Dinge für das Land errungen werden können, daß, wenn der Krieg vorüber ist, alles zu Ende sei. Im Gegenteil, wir sind der Ansicht, daß der Krieg der Anfang einer neuen Periode, der Periode der äußeren Schwächung und der inneren Wirrnis in Rußland sei, aus denen wir, falls wir es verstehen werden, für die Verbesserung der Lage unseres Landes immer mehr Nutzen werden ziehen können. Diese Verbesserung, wenn sie nicht eine scheinbare sein soll, muß dazu führen, unser Land von der es desorganisierenden und vernichtenden

Regierung des russischen Tschinownikums zu befreien. Den Inhalt aller unserer an die Regierung oder an die öffentliche russische Meinung gerichteten Forderungen muß bilden: „Eure Absichten übersteigen Eure Kräfte. Bei der Assimilierung unseres Landes habt Ihr nur bewiesen, daß Ihr es nicht zu regieren versteht, daß Ihr es desorganisiert, daß Ihr sogar nicht imstande seid, in ihm die gewöhnliche Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und für die Sicherheit des Lebens und Eigentums seiner Einwohner zu sorgen. Gebet uns die Regierung des Landes wieder, und wir werden in ihm die Ordnung wiederherstellen, wir werden die Bedingungen für ein normales Leben und einen gesunden Fortschritt schaffen!“

Um so sprechen zu können, müssen wir imstande sein, als ein starkes, einheitliches, geschlossen marschierendes Volk aufzutreten, welches, trotz verschiedenen inneren Reibungen, seine Politik nicht auf die Regierung, nicht auf die Revolution oder die Verfassungsmänner, sondern auf sich selbst, auf die eigenen Kräfte stützt, alle äußeren Kräfte insoweit ausnutzend, als sie unseren nationalen Ansichten entsprechen.

Werden wir hierzu fähig sein? Bis jetzt haben wir es nicht bewiesen. . . . Obwohl die Versöhnungspolitik, deren Hauptdogma die Unantastbarkeit der russischen Macht war, mit dem Augenblick, wo dies Dogma in die Brüche geht, selbst die Daseinsberechtigung verliert, haben die Versöhnungsgewohnheiten nicht aufgehört, zu bestehen und zu wirken. „Die Denkschrift der 23“, deren Verfasser nicht imstande sind, die Tragweite der Veränderungen in der Staatslage zu beurteilen, haben es nicht verstanden, sich auf den neuen breiteren Boden der politischen Aspirationen zu stellen und der Regierung die Armseligkeit dieser Bestrebungen auseinanderlegend, schadenen sie nur der nationalen Sache — diese Denkschrift ist nicht der letzte Akt der versöhnlichen Instinkte. Erst kürzlich, nach dem Toleranzkase, hatten wir die unsinnige, geradezu schwachvolle Deputation an den Statthalter, deren Gedanke nur in einem greisen, gehirnerweichten Kopfe entstehen konnte, die aber eine ganze Schar solcher Leute an das Tageslicht förderte, welche darnach trachten, sich in die Gunst anderer einzuschmeicheln.

Die sozialdemokratischen Elemente machen, nachdem sie sich in den Dienst der unfähigen russischen Revolution gestellt hatten und ihre kindischen Hoffnungen auf sie bauen, die größten Anstrengungen, um zu ihren Zwecken unser Volk, namentlich unsere Arbeiterschichten zu benutzen. Sie desorganisieren deshalb deren Leben, stören sie bei der Arbeit, bemühen sich, sie in immer größeres Elend, in immer größere Hungersnot und Verzweiflung hineinzuziehen in der Hoffnung, daß sie in ihrer Verzweiflung sich zu Taten hinreißen lassen werden, von welchen sie sonst der Verstand abgehalten hätte. Den Eynismus dieser Arbeit, zu welcher sich ein polnisches Gewissen nicht emporraffen würde, kann man sich nur durch die Zusammenrottung von sozialistischen Hysterikern und Psychopaten einerseits und von den Juden andererseits und durch ihre Abhängigkeit von den „Genossen“ im Auslande erklären.

Zu diesen beiden Verirrungen unseres politischen Lebens tritt heute eine neue, noch junge und keine größere politische Rolle spielende hinzu, welche unter der anscheinend assimilierten jüdischen Intelligenz unseres Landes festen Boden hat. Dies ist die politische Bezeichnung der sogenannten fortschrittlichen Richtung der letzten Tage, welche, ebenso wie jene, nur auf dem Papier steht und den Erfordernissen des National-

lebens keine Rechnung trägt. Diese Richtung setzte alle ihre Hoffnungen in die konstitutionelle Umwälzung, in die Regierungsmacht der Verfassungspartei und auch darauf, daß diese Partei ihre stammverwandten Elemente in Polen unterstützen und ihnen zur Erlangung größerer Einflüsse verhelfen werde. Als die gesunde Nationalpolitik eine Annäherung an die russischen Verfassungselemente erwünscht erscheinen ließ, um sie über die polnische Frage zu informieren, machte die naive „Fortschrittsdemokratie“ aus dieser Annäherung ein förmliches Feilschen um das, was sie von den Russen erhalten solle, als ob diese das Recht hätten, irgend etwas zu geben. Nicht genug damit, nicht nur des Gefühls der Nationalsondern auch der Parteiwürde beraubt, wendeten sie sich an die Russen, um sie zu überzeugen, daß sie nur auf sie in Polen rechnen dürften, andere besäßen keinen Einfluß, seien nicht genug Demokraten und nicht aufrichtig den Russen gegenüber, hätten ihnen gegenüber böse Absichten! . . . Und wiederum werden wir sagen, daß man nur mit dem Übergewicht des jüdischen Elements in diesem Lager eine derart demütigende Politik, wenn dies als Politik bezeichnet werden kann, erklären darf — dies ist aber kein Trost. Die Gegenwart der Juden in unserem Lande müssen wir als Tatsache anerkennen, uns mit ihr ausöhnen und dafür sorgen, daß sie uns nicht hindere, eine Politik zu befolgen, wie sie das Interesse des Landes und der Nation erheischt.

Bis jetzt haben wir eine solche Politik nicht geschaffen und wir wollen uns nicht täuschen, daß wir so leicht zu ihr kommen könnten. Dazu bedarf es günstiger äußerer Verhältnisse, welche eingetreten sind und wahrscheinlich lange andauern werden und vielleicht sich immer günstiger gestalten werden, aber, und zwar vor allen Dingen, sind fester Wille, Disziplin und ein Durchdrungensein von nationalen Zielen bei allen denen nötig, denen des Vaterlandes Zukunft teuer ist. Wir müssen in dem Nationallager strenge Richter jeglicher Nachlässigkeit und Querköpfigkeit, jeglicher persönlicher Schwächen und persönlichen Dünfels sein, wenn es sich um eine große Sache, um die Zukunft des Landes und der Nation handelt. Wenn wir uns hierzu nicht emporraffen, wenn der eine Gedanke, der vernünftige Gedanke an die Zukunft Polens über die auseinanderlaufenden Bestrebungen nicht siegt, wird die wahrhaft nationale Politik im Lande keine Wurzel fassen und die antinationalen und zersetzenden Bestrebungen nicht zum Schweigen zwingen.

Aus Nr. 150 der Nowa Reforma (Krakau)

vom 5. Juli 1905:

Unterhaltung mit Potemkin.

Aus Odeffa.

Als die Schwarzemeerflotte hier erschien, führte Krieger mit dem aufrührerischen Potemkin mittelst Signale folgendes Gespräch:

Krieger: „Weshalb erweist Ihr uns keine Ehrenbezeugungen?“ Und als er keine Antwort erhielt, ließ er das Signal geben: „Unterwerfet Euch!“ Potemkin fragte: „Wem?“ Krieger: „Dem Kaiser!“ Potemkin: „Welchem Kaiser?“ Krieger: „Nikolaus II.“ Potemkin: „Wir kennen keinen Kaiser.“

Die Besatzung des Potemkin verbreitete in Odeffa Aufrufe an das Heer mit der Aufforderung, sich ihr anzuschließen. Der Aufruf schloß mit den Worten: „Fort mit der Monarchie! Es lebe ewig die Freiheit!“

